

Die deutsche Außenpolitik in der Libyen-Krise – der Erklärungsbeitrag der diskursgebundenen Identitätstheorie

Paper für das Panel „Die Welt als Erzählung“ der DVPW-Tagung der Sektion „Internationale Politik“ in München, 6-7. Oktober 2011

Von: Bernhard Stahl (Kontakt: bernhard.stahl@uni-passau.de); Mitarbeit: Vanessa Jansche

10/6/2011

Die deutsche Positionierung in der Libyen-Frage hat in der politischen Klasse im In- und Ausland für einige Diskussionen gesorgt. Das Paper versucht, die Entscheidung mit Hilfe einer diskursgebundenen Identitätstheorie nachzuvollziehen. Dazu wird der Diskurs um Auslandseinsätze in der Bundesrepublik seit Anfang der 1990er Jahre analytisch rekonstruiert. Dabei soll verdeutlicht werden, wie sich der „Möglichkeitsraum“ der deutschen Außenpolitik sukzessiv erweitern konnte, mithin die Enthaltung in der Libyen-Frage möglich war. Die diskursgebundene Identitätstheorie geht von legitimatorischen identitätsorientierten Narrationen aus, die in Konkurrenz zueinander stehen können. Sie bedient sich epistemologisch damit einerseits bei der Identitätstheorie der „via media“, die über den Ausschluss von unplausiblen Politikalternativen und dem Aufzeigen inhärenter diskursiver Konflikte noch einen positivistischen Charakter aufweist. Andererseits orientiert sie sich mit der Dekonstruktion von Diskursen und der Operationalisierung diskursiver Macht an Foucault und Gramsci – also im post-strukturalistischen Lager. Die epistemologische Verortung erzwingt eine gewisse methodische Strenge, da das Aufspüren von zentralen Argumentationsmustern für den Erklärungsanspruch entscheidend ist. In Bezug auf die Relevanz von Vorstudien und die Auswahl relevanter Textkorpora unterscheidet sich der Ansatz deshalb sowohl von traditionellen außenpolitischen Analysen als auch von narrativen Studien.

1. Einleitung

Das deutsche Verhalten in der Libyen-Krise hat sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik für Aufmerksamkeit und Verstimmung gesorgt. Dies war insoweit zu erwarten, als dass das deutsche außenpolitische Verhalten im dynamischen Vergleich überrascht. So sei bspw. an die Forderung der schwarz-gelben Regierung unter Kohl erinnert, eine Flugverbotszone für Bosnien einzurichten. Diese sollte militärisch gestützt sein und an ihr wollte sich Deutschland – noch vor der Klärung der verfassungsrechtlichen Lage – aktiv beteiligen. Im Kosovo-Krieg einige Jahre später bombardierten deutsche Tornados – auf Initiative der schwarz-gelben wie der nachfolgenden rot-grünen Bundesregierung – militärische Ziele in Serbien, obwohl ein UN-Mandat nicht vorgelegen hatte. Die Diskrepanz zur Libyen-Entscheidung ist offensichtlich. Aber auch im Vergleich zur Außenpolitik wichtiger Partner wie Frankreich oder das Vereinigte Königreich gibt das deutsche Verhalten Rätsel auf. So waren britische Regierungen – mit der Ausnahme der Jugoslawienkriege 1991-95 – in allen westlichen Interventionen beteiligt, zuzüglich der eigenständig durchgeführten humanitären Intervention in Sierra Leone (2000). Frankreich hat gleichfalls stets an der Seite der USA interveniert, mit der Ausnahme Irak (2003), aber zuzüglich unilateral in der Elfenbeinküste (2002 und 2010). Das deutsche Verhalten oszilliert demhingegen: Beteiligungen an militärischen Interventionen (Kosovo, Afghanistan, Kongo 2006, Libanon 2006) stehen Nicht-Teilnahmen in den Golfkriegen 1990/91 und 2003 sowie eben Libyen entgegen. Wie lässt sich dieses changierende Verhalten verstehen?

Zu diesem Zweck werde ich im Folgenden die deutsche Außenpolitik in Bezug auf militärische Out-of-area-Missionen mit Hilfe der diskursgebundenen Identitätstheorie analysieren. Diese Theorie lässt sich zweifellos unter „narrativer Ansätzen“ subsumieren, da gesellschaftliche Diskurse in den Blick genommen werden. „Narrationen“ haben es zugegebenermaßen schwer in den Internationalen Beziehungen. Die Aufgabe einer strengen Kausalitätsbeziehung und die damit verbundene Unmöglichkeit, die Güte eines Ansatzes „zu testen“ erscheint vielen Kritikern wie ein Rückfall in die Zeiten des Essay-writing. Allzu beliebig, so ein Standardvorwurf, kämen die Aussagen daher - Narrationen glichen so Stammtischweisheiten jenseits einer Wissenschaftlichkeit, die doch durch Versuch und Irrtum und die Falsifikation von theoriegeleiteten Hypothesen Erkenntnisgewinn erzielen möchte.

Dabei lassen sich viele Vorteile finden, etwa die Erweiterung des methodischen Spektrums, der disziplinäre Anschluss an die Kulturwissenschaften und die Politische Theorie oder die Erforschung vormals epistemologisch ausgeschlossener empirischer Phänomene. In diesem Beitrag wird versucht, den positivistischen Generalvorwürfen die Spitze zu nehmen, indem ein positiver, im besten Sinne konstruktiv(istisch)er Beitrag zu „Narrationen“ geleistet wird. Das vorliegende Paper bedient sich epistemologisch dabei einerseits bei der Identitätstheorie der „via media“, die über den Ausschluss von unplausiblen Politikalternativen und dem Aufzeigen inhärenter diskursiver Konflikte noch einen (rest-)positivistischen Charakter aufweist. Andererseits orientiert sie sich mit der Dekonstruktion von Diskursen und der Operationalisierung diskursiver Macht an Foucault und Gramsci – also im post-strukturalistischen Lager. Es wird eine „moderat post-moderne“ Studie (Jackson/Soerensen 2010: 291) vorlegt, die folgende Eigenschaften aufweist:

- Sie ist historisch orientiert, indem sie Diskurse kontextabhängig rekonstruiert.
- Sie ist mehr konstruktivistisch als dekonstruktivistisch, weil sie Sprechakte nicht nur selektiert und bewertet, sondern auch in einen neuen Zusammenhang stellt.
- Sie ist voraussetzungsreich, weil dieser Zusammenhang theoretisch hergeleitet werden muss und der Endogenisierung sozialer Konstrukte bedarf.
- Sie ist anschlussfähig, weil sich andere Länder, aber auch andere Diskurse mit dem gleichen Instrumentarium analysieren lassen.
- Sie zielt im Ergebnis auf die Definition eines Möglichkeitsraums für deutsche Außenpolitik, der auch moderate prognostische Aussagen zulässt.

In einem ersten Schritt werde ich die Grundzüge der diskursgebundenen Identitätstheorie vorstellen. Dabei werde ich die theoretischen Implikationen von „nationalen Identitäten“, die in diesem Ansatz als Basis für Diskurse fungieren, aus Platzgründen weitgehend aussparen.¹ Stattdessen werden die „narrativen“ Elemente der Diskursanalyse im Mittelpunkt stehen. Anschließend wird der deutsche Diskurs der letzten beiden Dekaden rekonstruiert, um die sukzessive Erweiterung des Möglichkeitsraums deutscher Außenpolitik zu verdeutlichen. Die Rekonstruktion erfolgt mit Rekurs auf frühere Studien, die im Rahmen oder in der Folge des Projekts für vergleichende Außenpolitikforschung in Europa (PAFE) angefertigt wurden.² Den Abschluss dieses Teils bildet dann die Analyse des deutschen Libyen-Diskurses vermittelt Primärquellen. Hierbei handelt es sich um eine *disciplined-configurative case study*, die theoriegeleitet einen spezifischen Fall erklären möchte (Levy 2005: 135). Darüber hinaus

¹ Vgl. hierzu Nadoll 2003 und Stahl/Harnisch 2009a.

² Vgl. hierzu v.a. Katsioulis/Nadoll 2003, Stahl 2006, 2008 und Swoboda 2009.

wird sie genutzt, um eine These zur deutschen Out-of-area Politik zu generieren, hat also auch Charakteristika einer *plausibility probe* (ebd. 137). Ich werde zu zeigen versuchen, dass neue „Erzählungen“ materielle und politikpraktische Konsequenzen haben können: Deutschland kann sich in Zukunft genauso westlichen Initiativen politisch wie militärisch unilateral verweigern wie daran teilnehmen. Beides war vor 1990 identitär und legitimatorisch nicht möglich.

2. Die diskursgebundene Identitätstheorie³

Konstruktivistische Ansätze gründen ihre Analysen europäischer Außenpolitiken auf verschiedene Konzepte, von denen das der ‚Identität‘ zu den beliebtesten zählt (Wæver 2005: 34). Die Tradition der europäischen Identitätsforschung in den IB, setzt, im Gegensatz etwa zu Wendt, eher auf der nationalen Ebene denn auf der internationalen Ebene an (z.B. Kopenhagener Schule; Thomas Risse et al.). Ein Identitätsansatz ist keine Entscheidungstheorie (Risse et al. 1999: 157), sondern eine strukturelle Theorie, die sich mit dem Möglichen beschäftigt (Wendt 1987: 362). Dabei bildet „nationale Identität“ einen diskursiv vermittelten Rahmen, innerhalb dessen ein außenpolitisches Verhalten von allen Mitgliedern der Gesellschaft als angemessen akzeptiert wird. Dieser Rahmen ist sehr weit gefasst und bietet ein „Angebot“ von Rechtfertigungen (*reasons for action*), aus denen politische Akteure schöpfen können (Marcussen et al. 1999: 629; Cruz 2000: 277). Die Herausbildung einer spezifischen nationalen Identität und ihre inhaltliche Veränderung sind dabei immer das Ergebnis sozialer Interaktion und Kommunikation (Mead 1973: 222, 244-245). Es ist daher plausibel, das Konzept der nationalen Identität mit einer Diskursanalyse zu verknüpfen (Larsen 1997: 3-33). Diskursanalysen gehen von einer indirekten Beziehung zwischen außenpolitischem Verhalten (Ergebnis von Entscheidungen) und Identität (Grundlage für Begründungen und Empfehlungen) aus. Das entscheidende Bindeglied zwischen beiden ist der Diskurs. Der Begriff „Diskurs“ wird hier verstanden als eine kommunikative Interaktion, in der versucht wird, Identitätselemente und Handlungspräferenzen im Wege einer konsistenten Argumentationsführung miteinander zu verbinden. Politische Diskurse erfüllen dabei in demokratischen Gesellschaften verschiedene Funktionen (vgl. March/Olsen 1995: 45, 66): Sie formen politische Diskussionen, indem sie politische Ereignisse erklären, politische Handlungen rechtfertigen, historische Erinnerungen (re-)interpretieren und Identität (re-)konstruieren. In Diskursen wird eine Vernunftauffassung, ein „*common sense*“ geschaffen, der von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wird. Durch Diskursanalysen kann verdeutlicht

³ Dieser Abschnitt basiert auf Stahl/Harnisch 2009a.

werden, wie eine Gesellschaft politische Optionen strukturiert und limitiert, so dass Entscheidungsträger nur ganz bestimmte Optionen „angemessen“ finden bzw. als vertretbar darstellen (Westlind 1996: 116). Damit schränken Diskurse einerseits einen möglichen Widerstand der Gesellschaft gegen eine bestimmte Außenpolitik ein und setzen andererseits dem Staatshandeln nach außen Grenzen.

Der Diskurs (Einleitung und Verlauf) wird wesentlich durch aktive Teilnehmer („Diskursträger“) bestimmt. Akteure, die aufgrund der Verfassung oder der politischen Praxis eine herausgehobene Stellung in politischen Diskursen haben, können als „*privileged storyteller*“ (Milliken 1999: 236) bezeichnet werden. „Privileged“ deutet bereits an, dass Diskurse hier nicht als herrschaftsfrei gelten oder gar einer idealen Sprechsituation nahekommen sollen. Vielmehr produzieren sie Bedeutungen und konstituieren Identitäten (Diez 1999: 603) und sind deshalb auch immer Machtkämpfe um Deutungshoheit (Torfing 2005: 15, 23). Gelingt es spezifischen Argumentationsmustern sich im Wettbewerb der Argumente durchzusetzen, haben sie „Diskurshegemonie“⁴ erlangt. Der dominante Diskurs stimmt (idealiter) am meisten mit allgemeinen Erfahrungen überein, ihn umgibt ein „Mantel der Normalität“ (Bach 1999: 50).

Um die Öffentlichkeit von der Überlegenheit ihres Arguments zu überzeugen, mithin eine große Resonanz⁵ herzustellen, versuchen Diskursträger, ihre Argumente identitär zu „erden“, d.h. mit einem aktiven Identitätselement zu verknüpfen. „Identitätselemente“ sind „letzte Argumente“ in Diskursen mit Bezug zum Selbst, die nicht mehr begründet werden müssen und deshalb am Anfang einer Argumentation stehen (z.B. das europäische Deutschland, das verantwortungsbewusste Deutschland). Identitätselemente können hierbei in verschiedener Weise argumentativ verwendet werden. Im Extremfall können völlig verschiedene politische Handlungsempfehlungen im selben Element gründen: So kann bspw. mit dem Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und die daraus erwachsende „deutsche Verantwortung“ sowohl ein Abseitsstehen von Konfliktinterventionen als auch ein militärisches Eingreifen Deutschlands gerechtfertigt werden (Schwab-Trapp 2002: 349). „Identitätselemente“ bilden also den

⁴ Das Konzept der Diskurshegemonie (häufiger, mit abweichender Bedeutung: 'hegemonialer Diskurs') hat Eingang in verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen gefunden. Beispiele sind die Arbeiten von Laclau/Mouffe (1985) in der Tradition Gramscis über '*Hegemony and Socialist Strategy*' sowie Townsons (1992: 25-33) Ansatz zur „*linguistic dominance*“.

⁵ Die sogenannte Resonanzhypothese besagt, dass Argumente umso überzeugender wirken, je mehr sie mit den Erfahrungen der Zuhörerschaft bzw. mit vorher akzeptierten Normen und Prinzipien übereinstimmen (Risse 2003: 115).

Anfangspunkt von außenpolitischen Erzählungen und bedürfen der Endogenisierung (Cedermann/Daase 2003).⁶

Das obige Beispiel zeigt bereits, dass in einer außenpolitischen Debatte sich verschiedene diskursive Lager herausbilden können, die ähnliche Identitätselemente und Argumentationsmuster verwenden, jedoch zu anderen, gegenteiligen Handlungsempfehlungen gelangen. In innenpolitischen Auseinandersetzungen in europäischen Gesellschaften werden solche Lager in der Regel durch Parteien verkörpert. Viele Studien zur Außenpolitikanalyse wählen deshalb zur Bestimmung der außenpolitischen Willensbildung gleichfalls Parteien oder Parteienbündnisse als Untersuchungsobjekt. Aber dies ist diskurstheoretisch problematisch, weil Parteien zwar die innenpolitische Willensbildung gut abbilden, nicht jedoch die außenpolitische. Vielmehr zeigt die europäische Erfahrung, dass außenpolitische Orientierungen in der Regel quer zu Parteigrenzen verlaufen (Gabel/Scheve 2007: 38). Statt auf Parteien als Diskursträger zurückzugreifen, verwenden wir das Konzept der „Diskursformation“ (*discursive formation*).⁷ In Diskursformationen können unterschiedliche Parteifractionen entsprechend ihrer außenpolitischen Orientierung erfasst werden. Diskursformationen versammeln ein oder mehrere bekannte, identitätsgeprägte und daher handlungsleitende und -rechtfertigende Argumentationsmuster, die von einer Gruppe von Diskursträgern genutzt werden (Nadoll 2003a: 176). Sie verkörpern somit eine spezifische außenpolitische Erzählung, die eine mindestens mittelfristige Haltbarkeitsdauer beanspruchen kann.⁸

Diskursformation	Identitätselemente	Argumentationsmuster	Handlungsempfehlungen	Diskursträger
DF der unbedingten Zurückhaltung (Pazifisten)	das verantwortungs-bewusste Deutschland, das europäische Deutschland, die deutsche Frage	einzigartige moralische Verantwortung („nie wieder Krieg“), militärische Mittel abzulehnen, keine dt. Uniformen im Ausland, „alte“ Ängste der Nachbarn vermeiden, Leiden der Zivilbevölkerung	keine militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bemühen um diplomatische Lösungen, Verhinderung der Militarisierung der GASP	PDS/Die Linke, Linke der Grünen, Linke in der SPD (Linke in der FDP bis 1998), FDP und Teile der CDU/CSU seit 2011

Abbildung 1: Das Beispiel der deutschen pazifistischen Diskursformation (Stahl/Harnisch 2009b: 39)

⁶ Aus Platzgründen werde ich diesen Schritt hier überspringen. Die „Identitätselemente“ sind in Vorstudien mit der Hilfe von Sekundärliteratur und Expertenfragebögen erstellt worden; vgl. Joerissen/Stahl 2003.

⁷ Der Begriff wurde von Michel Foucault (1989: 13) als die Menge von Formationsregeln, die einen Diskurs strukturieren, in die Sozialwissenschaften eingeführt und von Larsen (1997: 16-17) für den Bereich der Internationalen Beziehungen fruchtbar gemacht.

⁸ So verstandene Diskursformationen setzen analytisch das Anliegen der moderaten Strukturationstheorie um, Akteure und Strukturen wenigstens zeitweilig als gegeben annehmen zu können (Wagner et al 2007: 7).

Einen weiteren wichtigen Unterschied zu herkömmlichen Studien bildet die Strukturierung der Diskurse. Eine solche wird in der Regel eben durch Parteien oder gar durch die Fokussierung auf Einzelpersonlichkeiten geleistet. Mit Hilfe von Diskursformationen lassen sich Diskurse jedoch primär nach ihren Hauptargumenten und weniger nach ihren Hauptakteuren strukturieren (vgl. Kendall/Wickham 1999: 5-6; Hansen 2006: 52). Auf diese Weise lassen sich die herkömmlichen Fragestellungen ‚*was sind Angela Merkels Vorstellungen von Außenpolitik?*‘ oder ‚*was ist das außenpolitische Konzept der FDP?*‘ auf ‚*was ist für Deutschland möglich?*‘ erweitern. Ein weiterer Vorteil kommt hinzu: Im Vergleich zu weiter gefassten Konzepten wie „außenpolitischen Traditionen“, „Grundorientierungen“ oder „Security/Strategic Cultures“⁹, die einer Gesellschaft oder einem Staat pauschal und einheitlich zugeschrieben werden, erlaubt es das Konzept der Diskursformation, die innergesellschaftliche Umstrittenheit einer Außenpolitik präziser abzubilden. Eine Diskursformation steht in einer pluralistischen Demokratie stets im Wettbewerb mit anderen Diskursformationen. In politischen Krisen und Situationen außenpolitischen Scheiterns sind Herausforderungen von dominanten Diskursformationen, sog. *contestations*, zu erwarten. Im Zuge solcher Auseinandersetzungen können sich Diskursformationen neu formieren, indem sie ihre Handlungsempfehlungen zusammenschließen oder sich bisherige Diskursformationskoalitionen teilen und neue Koalitionen bilden. Diskursformationsveränderungen bedeuten immer auch Machtverschiebungen, weil Argumentationen – und damit die Diskursträger, die sie vertreten – geschwächt oder gestärkt werden.

Eine Diskursanalyse erhebt nicht den Anspruch, außenpolitische Entscheidungen kausal-analytisch zu „erklären“. Vielmehr sollen gesellschaftliche Konflikte und öffentliche Auseinandersetzungen abgebildet und die „*discursive fault lines*“ offen gelegt werden (Hansen 2006: 53; Schwab-Trapp 2001: 264). Es geht um die Nachvollziehbarmachung von Entwicklungen, der Sichtbarmachung von inhärenten Spannungen und Konflikten und der Definierung von Möglichem und politisch Wahrscheinlichem gegenüber eher Unmöglichem und Unwahrscheinlichem. Ulla Holm (1997: 144f.) sieht die Grenzen der Diskursanalyse, hier für die französische Außenpolitik, wie folgt:

“(.) *discourse analysis cannot say which policy will prevail and cannot measure how much external pressure is needed before France acts but can say a lot about tensions, the struggles concerning what gives meaning in the domestic arena*“.

⁹ So etwa die Ansätze von Johnston (1995), Longhurst (2004) und den Autoren des einflussreichen Bandes von Katzenstein (1996).

Mithin geht es in diesem Beitrag auch nicht darum, von den verschiedenen Begründungen auf unterschiedliche Motive etwa für Libyen-Entscheidung zu schließen.¹⁰ Stattdessen soll gezeigt werden, welche Legitimierungen sich im Diskurs wie durchsetzten, inwieweit sie herausgefordert wurden und Erfolg hatten? Dies erlaubt Rückschlüsse auf die Konsistenz der Legitimationen und die grundsätzliche Ausrichtung der Außenpolitik.

Identitätstheorien gelten als gut geeignet, Kontinuitäten von Außenpolitik erfassen zu können. Ungleich schwieriger tun sich „soziale Konstrukte“ damit, Wandel zu erfassen. Diskurse enthalten aber stets Keime des Wandels (Schmidt/Radielli 2004; Diez 1999: 607), wenn sie Altbekanntes mit neuen Argumenten versehen und neue Schlussfolgerungen hervorbringen, die dann auch in neuen außenpolitischen Handlungsempfehlungen münden. Gelingt es einer solchen, neuen Argumentation, sich im Diskurs durchzusetzen – in analytischen Worten: erringt sie die Diskurshegemonie – wird sie zum legitimen und akzeptierten Referenzrahmen für zukünftiges außenpolitisches Handeln. In unserer Identitätskonzeptualisierung manifestiert sich Identitätswandel im Diskurs immer dann, wenn eine neue Diskursformation – eine neue Verknüpfung von Identitätselementen, Argumentationsmustern und Handlungsempfehlungen – entsteht, oder eine neue Diskurshegemonie etabliert wird.

Im Folgenden werde ich argumentieren, dass sich seit der Vereinigung die deutsche nationale Identität in Bezug auf Auslandseinsätze signifikant gewandelt hat. Dies geschah vor dem Hintergrund außenpolitischer Krisen („*critical junctures*“), wobei Gewaltexzesse in unmittelbarer Nachbarschaft der EU als formative Ereignisse für die Veränderung des Diskurses wirkten.

3. Der Wandel des Out-of-Area Diskurses in Deutschland¹¹

a. Nach der Vereinigung: Der Zweite Golfkrieg und Jugoslawien (1990-1995)

Die Vereinigung Deutschlands mit ihrer internationalen Absicherung in Form der 2+4-Verträge war ein diplomatisches Meisterstück gewesen. Der Zweite Golfkrieg ließ Deutschland allerdings schnell spüren, dass die Verbündeten Deutschlands, allen voran die USA, daraus auch ein gesteigertes Engagement im internationalen Konfliktmanagement erwarteten. Doch die deutschen Eliten scheuten diese neue Verantwortung, indem sie auf die deutsche Geschichte verwiesen: Die Bundesrepublik folgte dem Aufruf der Vereinten

¹⁰ Dabei spielen die Motive der Akteure keine Rolle, Diskurse sind diesbezüglich „trügerisch“ – sie verraten nichts über die Motive der Diskursteilnehmer (Wæver 2002: 27).

¹¹ Eine Rekonstruktion des Diskurses der letzten 20 Jahre kann ich hier nur wagen, indem ich auf zahlreiche PAFE-Studien zurückgreife.

Nationen zur Befreiung Kuwaits nicht, sondern beteiligte sich nur finanziell an den Kosten des Feldzugs. In der Folge entstand eine Debatte, die die Erwartungen der Partner und die Folgen der Vereinigung für Deutschland thematisierte („Out-of-area Debatte“).¹² Im Verlaufe der diskursiven Auseinandersetzungen schälten sich zwei Lager heraus, die grundsätzlich andere Schlussfolgerungen aus den Ereignissen am Golf zogen. In diesem Diskurs kollidierten die Furcht vor Isolation und die Fremderwartungen seitens der Bündnispartner mit der selbst auferlegten Zurückhaltung bei militärischen Einsätzen außerhalb des Bündnisgebiets.¹³ Argumentierte die eine Seite mit Selbstbeschränkung, Einbindung und Multilateralismus, so forderte die andere ein „angemessenes“, „unverkramptes“ und „bestimmteres“ Auftreten Deutschlands auf der internationalen Bühne („Normalisierungsdiskurs“, Hellmann 1997). Argumentative Grundlage des ersten blieben die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges und der Holocaust. Hieraus ergebe sich für Deutschland eine besondere Verantwortung, die eine Teilnahme an Kriegen und Militäroperationen ausschließt. Vielmehr sollte sich Deutschland als friedlicher Akteur in der internationalen Politik geben, nur diplomatische Mittel einsetzen und auf das Misstrauen der Nachbarländer und durch den Weltkrieg betroffenen Länder Rücksicht nehmen. Demgegenüber basiert die Hauptargumentationslinie des Herausfordererlagers auf der Annahme einer defekten, gestörten Identität Deutschlands in Folge der Weltkriege. Die Vereinigung habe aber ein Gutteil des inneren wie externen Vertrauens wieder hergestellt. So könnten die Deutschen stolz sein auf das Erreichte – sei es der Wohlstand, die politische Stabilität und die Berechenbarkeit seiner Außenpolitik – und hätten insoweit die Möglichkeit, international mehr Verantwortung zu übernehmen. Überdies erwarteten die Partner genau dies. Im Rahmen des PAFE haben wir diese diskursiven Lager mit „Zurückhaltung“ und „Normalisierung“ bezeichnet. Diese Bezeichnungen hatten sich als analytische Begriffe für die Kennzeichnung der Deutschen Außenpolitik insgesamt eingebürgert. Dabei haben Vertreter der Zivilmachtmodells um Hanns Maull argumentiert, „Zurückhaltung“ sei ein dauerhaftes und beständiges Muster der deutschen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, während Befürworter der Normalisierungsthese – wie Gunther Hellmann – die Meinung vertreten, Deutschlands Außenpolitik sei im Wandel hin zu der Außenpolitik einer „normalen Großmacht“. In dem

¹² Vgl. für diesen Abschnitt Katsioulis/Nadoll 2003. Ausführliche Darstellungen der deutschen Out of area-Debatte finden sich ansonsten bei Bach 1999: 119-146, Philippi 1997 und Müller 1994: 125-141.

¹³ Ein Vergleich mit der Wiederbewaffnungsdebatte in den 1950er Jahren zeigt indes, wie sich die sicherheitspolitischen Themen gewandelt haben: Die vormals prominente neutralistische Diskursformation ist praktisch verschwunden und taucht nach der deutschen Vereinigung nur noch rudimentär in der PDS auf (Nadoll 2003b). Ob die in den letzten Jahren erfolgte Hinwendung zu einem „autonomen Deutschland“ (vgl. den Libyen-Diskurs weiter unten) diskursiv an die neutralistische Strömung der 1950er Jahre anknüpft, ist eine interessante Forschungsfrage.

hier gewählten Ansatz werden die Begriffe subsidiär zur Kennzeichnung der Hauptargumentationslinien der politischen Eliten („Diskursformationen“) benutzt. Normalisierung und Zurückhaltung erscheinen also nicht alternativ, sondern simultan – ihre Stärke wechselt im Diskursverlauf unter dem Einfluss der gesellschaftlichen Verarbeitung externer Konflikte.

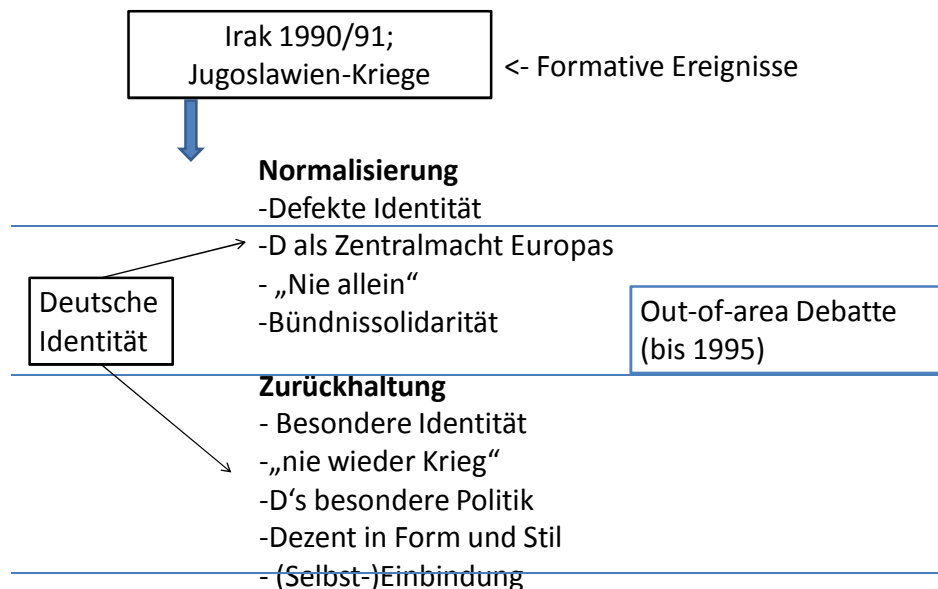


Abbildung 2 (eig. Darstellung): Die Bildung der DF Zurückhaltung und Normalisierung (1991-94)

Die Jugoslawien-Kriege führten zu einer weiteren Ausdifferenzierung des deutschen Diskurses. Zunächst schien die Diskursformation (DF) der Normalisierung gestärkt, als Deutschland in der ersten unilateralen Aktion nach der Vereinigung Slowenien und Kroatien im Dezember 1991 als unabhängige Staaten anerkannte und damit gar die Anerkennung der Partner präjudizierte. Die schwarz-gelbe Regierung Kohl-Genscher setzte sich für eine Flugverbotszone über Bosnien ein, die mit militärischen Mitteln durchzusetzen sei und an der sich deutsche Soldaten beteiligen sollten (Mauß 1995/96: 109f.). Doch die internationale Schelte ließ die deutsche Außenpolitik in der Bosnienkrise verstummen und gab den Kritikern eines selbstbestimmteren Auftretens recht. Allerdings führten die andauernden Berichte über die Belagerung Sarajevos, Massenvergewaltigungen und schließlich der Genozid von Srebrenica zu folgensweren Spannungen innerhalb der Zurückhaltungsformation. Während Anhänger der traditionellen, pazifistischen Argumentation (PDS, linke Flügel bei SPD und Grünen) bei der unbedingten Zurückhaltung ('nie wieder Krieg!') blieben, nuancierte eine größere Gruppe (mit dem späteren Außenminister Fischer) ihre Argumentation mit der *catch-*

phrase 'nie wieder Auschwitz' und signalisierte damit, dass bei Vorliegen eines Völkermords die deutsche Vergangenheit gerade dazu auffordere, international einzugreifen (Katsioulis/-Nadoll 2003: 356f.). Unter der Ägide von Joschka Fischer argumentierten immer Politiker und Intellektuelle, dass angesichts solcher Gräueltaten eine unbedingt pazifistische Haltung nicht mehr durchzuhalten sei. Militärisches Eingreifen – unter deutscher Beteiligung – müsse möglich sein, um schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschheit zu verhindern.

b. Die Bildung des Kosovo-Interventionskonsenses (1998-2001)

Außenpolitisch relevant wurde die Spaltung der Zurückhaltungsformation im Kosovo-Krieg 1998/99. In Fortsetzung der Fischer'schen Bosnien-Argumentation argumentierten auch Scharping und Schröder nun, die Lehren des Zweiten Weltkriegs verlangten danach, einen Genozid mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Die Lehren aus der deutschen Geschichte wurden nunmehr umgedeutet. Beispielfür diese Umdeutung seien Zitate des designierten Bundeskanzlers Schröder (SPD) sowie des scheidenden Außenministers Kinkel (FDP). Das Verdikt der frühen neunziger Jahre der Kohl-Regierung, dass keine Bundeswehr-Soldaten dort eingesetzt werden sollten, wo Wehrmachts-Soldaten im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatten, wies Schröder nunmehr zurück:

„Ich habe großen Respekt vor denjenigen, die fragen: Ist es angesichts der Geschichte des Zweiten Weltkrieges vernünftig, daß die Deutschen dabei sind? Die Frage, ob die Deutschen dabei sein sollen, kann man stellen, und es ist keine zynische Frage. Aber für mich gilt, daß man diesen Satz auch umkehren kann: Gerade wenn es historische Schuld in dieser Region gibt, kann man sie auch dadurch abtragen, daß man weiteres Morden verhindern hilft.“¹⁴

Bezüglich der weitverbreiteten Ablehnung von militärischer Gewalt im Parlament, aber auch in der Gesellschaft, erinnerte Kinkel sogar daran,

„daß auch wir in Deutschland nicht selbst in der Lage waren, uns vom Tyrannen zu befreien, sondern durch Gewalt anderer vom Tyrannen befreit worden sind.“¹⁵

Doch gerade diese Umdeutung wollten Vertreter einer unbedingten Zurückhaltung nicht mittragen. Für sie standen die Luftangriffe in der Tradition aggressiver, militaristischer Außenpolitik. So bekannte Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen):

“Ich schäme mich für mein Land, das jetzt wieder im Kosovo Krieg führt und das wieder Bomben auf Belgrad wirft.“¹⁶

Und der Fraktionsvorsitzende der PDS, Gregor Gysi, fügte hinzu:

¹⁴ Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder im deutschen Bundestag am 24.2.1999, S. 1526.

¹⁵ Rede von Außenminister Klaus Kinkel (FDP) im deutschen Bundestag am 16.10.1998, S. 23129

¹⁶ Rede von Christian Ströbele (B90/Die Grünen) im deutschen Bundestag am 25.3.1999.

“Deutschland hat in diesem Jahrhundert überhaupt kein Recht mehr, Bomben auf Belgrad zu werfen.”¹⁷

Mit der obigen Umdeutung war die Spaltung der DF Zurückhaltung handlungsrelevant vollzogen. Ein Gutteil des linken Lagers blieb bei seiner grundsätzlich pazifistischen Argumentation, was mit den kurzen Zitaten von Ströbele und Gysi illustriert werden sollte. Die neu entstandene „bedingte Zurückhaltungsformation“ ging in ihrer Handlungsempfehlung nun mit der Normalisierungsformation zusammen, die ein einiges, bündnissolidarisches Handeln des Westens anmahnte (Dalgaard-Nielsen 2003: 105). Diese neue Diskurskoalition ermöglichte die deutsche Teilnahme an der „bombing campaign“, denn sie blieb überraschenderweise vergleichsweise „*uncontested*“. Im Unterschied zum Zweiten Golfkrieg fanden zu Beginn der Luftschläge keine Massendemonstrationen oder aufgeregte Debatten über dessen Legitimität statt (Schwelling 2007: 105). Im April 1999 unterstützten 63 Prozent die Beteiligung Deutschlands an der NATO-Kampagne, 34 Prozent waren dagegen (Ramet und Lyon 2001: 92). Dies ist angesichts der Tatsache, dass es sich beim Kosovo-Krieg um den ersten aktiven Einsatz der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkriegs handelte – zudem ohne UN-Mandat – bemerkenswert.

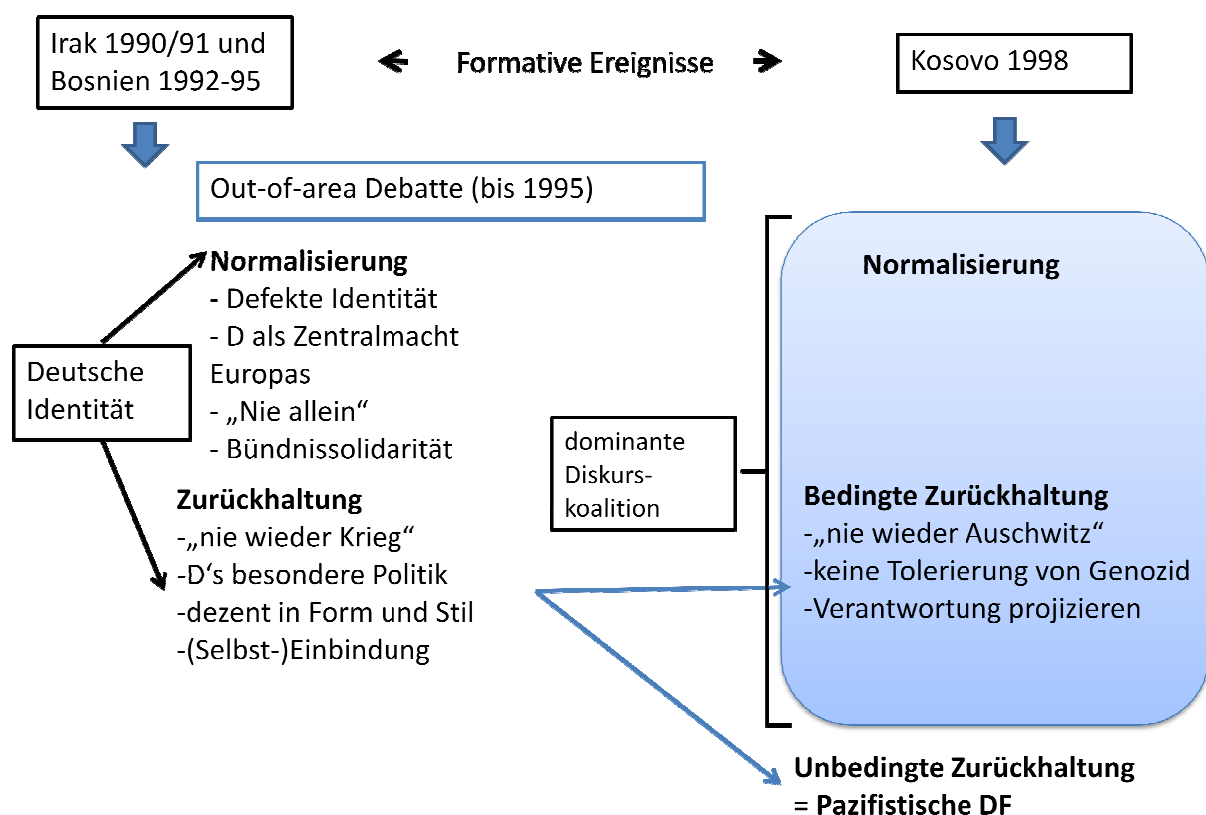


Abbildung 3 (eig. Darstellung): Die Bildung des Kosovo-Interventionskonsenses (1998)

¹⁷ Rede von Gregor Gysi (PDS) im Deutschen Bundestag am 26.3.1999.

Die neue Diskurshegemonie ließ die unbedingte pazifistische Zurückhaltungsformation marginalisiert zurück.¹⁸ Die öffentlichen Proteste waren gering, die große Mehrzahl der Intellektuellen, Publizisten und Politiker trugen und unterstützten diese neue Linie. Dieser Kosovo-Interventionskonsens ermöglichte zugleich die Solidarität Deutschlands mit der Außenpolitik der G.W. Bush Administration in Bezug auf Afghanistan. Die diskursiven Lager blieben die selben, allerdings verschoben sich die Gewichte zwischen den beiden Formationen „bedingte Zurückhaltung“ und „Normalisierung“. Die primäre Rechtfertigungsargumentation für Afghanistan waren Argumente der Normalisierung: Solidarität mit den USA, Bündnissolidarität, Kampf gegen den Terrorismus und Deutschlands Sicherheitsinteressen. Erst im Zuge des Staatsaufbaus wurden auch vermehrt typische Argumentationsmuster der Verantwortungsprojektion eingesetzt – insbesondere mit Rekurs auf Frauenrechte, Bildungsziele und Demokratisierung. Doch in den Jahren der schwarz-gelben Koalition lässt sich wieder vermehrt ein argumentativer Schulterschluss mit den Ausgangslegitimation Schröders, Fischers und Strucks beobachten.

c. Taktische Wende – identitärer Wandel? Der Irak-Diskurs (2002-03)

Die Kosovo-Interventionskoalition kam in der Irak-Krise unter Druck. Die Grundlage für eine Humanitäre Intervention war im Irak mitnichten gegeben, es gab keine guten ideellen oder zivilisatorischen Argumente für einen Krieg gegen den Irak bis auf die Idee, dass es generell gut und legitim ist, einen Diktator zu stürzen. Dieses Argument spielte jedoch keine Rolle im deutschen Diskurs. Die Begründungsprobleme der Regierung wuchsen mit dem Afghanistan-einsatz, denn hier konnte man nicht glaubhaft mit Völkermord argumentieren, was aber die 'Geschäftsgrundlage' der Diskurshegemonie der „bedingten Zurückhaltung“ darstellt. So sah sich Kanzler Schröder in der Afghanistanfrage gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen, um die ‚Linksabweichler‘ der pazifistischen DF in der Koalition hinter sich zu bringen. Hinzu kam, dass die Außenpolitik der Bush-Administration nach dem 11.9.2001 in zunehmenderem Maße als unilateral, egozentrisch und wirtschaftsorientiert wahrgenommen wurde – eine aus Sicht der Bevölkerungsmehrheit nicht unterstützungswerte Politik.

Bis zum Wahlkampfauftakt im August 2002 hatte Deutschland sich in der Irak-Frage relativ bedeckt gehalten. Der heraufziehende Wahlkampf im Sommer 2002 war als Lagerwahlkampf konzipiert. Für ein Mitgehen gegen den Irak fehlte der Regierung jedoch die eigene Mehrheit – man wäre also auf das konstruktive Verhalten der Opposition angewiesen gewesen

¹⁸ Die Kluft zwischen den beiden großen Diskursformationen 'Zurückhaltung' und 'Normalisierung' blieb dabei bestehen, verlagerte sich jedoch zusehends von der Sicherheitspolitik weg und brach in anderen gesellschaftlichen Debatten auf (Bubis-Walser, Holocaust-Mahnmal, Goldhagen, Wehrmachtsausstellung).

(Harnisch 2004: 174). In dieser Situation entschieden sich Schröder und Fischer bereits im August 2002 zu ihrem ‚doppelten Nein‘: Deutschland würde sich – unabhängig vom Beschluss des UN-Sicherheitsrats – nicht an einer Militäraktion gegen den Irak beteiligen. Diskursiv bedeutete das, die Seite zu wechseln und die 'bedingte Zurückhaltung' wieder mit der unbedingten/pazifistischen zu vereinen. Die argumentative Stoßrichtung enthielt deswegen pazifistische, anti-amerikanische, status-quo orientierte und normalistische ('normaler Konflikt unter Demokratien') Elemente. Die Hauptargumentation stellte auf die deutsche Wahlfreiheit ab, sich dem Feldzug zu verweigern:

„Druck auf Saddam Hussein ja. Wir müssen es schaffen, dass die internationalen Beobachter in den Irak können. Aber Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention – davor kann ich nur warnen. Das ist mit uns nicht zu machen.“¹⁹

Bundeskanzler Schröder bezog an diesem Punkt eine klare Stellung und versicherte, dass er diese Position nicht aufgeben werde:

„Und wer glaubt, dieses Land, diese Regierung würde erneut den bequemen Ausweg gehen, nämlich den, der unter Kohl gang und gäbe war, wir bleiben draußen, aber wir zahlen, der irrt. Dem sage ich, dieses Deutschland, unser Deutschland, ist ein selbstbewusstes Land. (...) Aber eines sagen wir genauso selbstbewusst: Für Abenteuer stehen wir nicht zur Verfügung, und die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig zu Ende.“²⁰

Die Argumentation der Regierung vermochte auch bei großen Teilen der Normalisierer zu überzeugen (Hellmann 2004), so dass es sogar gelang, diese Diskursformation zu spalten. Der Kanzlerkandidat der Opposition Stoiber sah sich gar genötigt, inhaltlich auf den Regierungskurs einzuschwenken (Harnisch 2004: 184). Zurück blieben die kleineren Flügel der 'Europäer' (Schäuble, Gerhardt), Multilateralen (Pflüger) und Atlantiker (Merkel), die allesamt die außenpolitische Isolierung beklagten. So warf die CDU-Chefin Merkel der Regierung vor, die internationalen Institutionen geschwächt und die Gemeinsamkeiten der Kanzler Adenauer, Brandt, Schmidt und Kohl aufgegeben zu haben: *„Nie wieder ein deutscher Sonderweg“* sei die Lehre aus der Geschichte.²¹ Wolfgang Schäuble pflichtete ihr bei und warnte vor einer Isolierung Deutschlands,²² während der FDP-Vorsitzende Westerwelle die Positionierung *„unhistorisch“* nannte²³. Der bayerische Ministerpräsident Stoiber befand gar, die Außenpolitik Schröders erinnere ihn in fataler Weise an die außenpolitischen Fehler Kaiser Wilhelms II mit seiner *„Unzuverlässigkeit und einer Attitüde von*

¹⁹ Rede des Bundeskanzlers Gerhart Schröder im Deutschen Bundestag am 5.8.2002 und ähnlich in der Debatte vom 9.8.2002.

²⁰ Rede des Bundeskanzlers Gerhart Schröder im Deutschen Bundestag am 5.8.2002.

²¹ FAZ v. 14.2.2003, S.6; Washington Post v. 20.2.2003, SZ v.21.2.2003.

²² Interview im Deutschlandfunk vom 20.9.2002.

²³ Zit.n. FAZ v. 14.2.2003.

Großmannssucht“, für die Generationen von Deutschen bitter hätten bezahlen müssen.²⁴ Doch die Argumente der neue entstandenen DF des „Westens“ vermochten nicht zu überzeugen, denn die Bevölkerung zeigte sich hochzufrieden mit dem Kurs der Bundesregierung: 80% hatten sich bereits im Sommer 2002 gegen eine deutsche Beteiligung an einem Militäreinsatz ausgesprochen und wiederum 80% hielten den Angriff der Alliierten auf den Irak für falsch (Collmer 2004: 212). Die amtierende Regierung schaffte es mit ihrer Vorfestlegung, den Rückstand in den Umfragen vor der Wahl wettzumachen und gewann die Wahlen im September 2002 knapp.

Nach den Wahlen befand sich Deutschland in einer schwierigen außenpolitischen Situation, behielt die Regierung doch den im internationalen Vergleich extremen Kurs im Prinzip bei.²⁵ In Deutschland hob eine erregte Diskussion an, wie das deutsche Beiseitestehen im konkreten Fall zu interpretieren wäre: Minenräumer und Patriots für Israel, Spürpanzer in Kuwait, deutsche Piloten in AWACS-Flugzeugen und Patriot-Raketen für die Türkei waren die Themen. Kontrafaktisch würde ich argumentieren, dass der Kurs der Regierung einer *contestation* unterzogen worden wäre, wenn sich die übrigen EU-Staaten und der Sicherheitsrat auf ein militärisches Eingreifen geeinigt hätten. Doch die Bundesregierung hatte Glück: Durch den Schwenk Frankreichs im Januar 2003, die Skepsis Russlands und die europaweiten Massendemonstrationen vom 15. Februar 2003 sah sich die Bundesregierung in ihrer Position bestärkt, zumal die US-Position im Sicherheitsrat im Februar und März keine Mehrheit fand. Die Geschehnisse im Irak und die Ex-post Demontage der amerikanischen Begründungen für den Waffengang gaben der Bundesregierung im Nachhinein Recht: Eine *contestation* unterblieb, die Diskurshegemonie war stabil, und das Verhaltensspektrum der deutschen Außenpolitik hat sich nach der Out-of-area Debatte erneut – diesmal um unilaterale Handlungsoptionen – erweitert.

²⁴ Zit.n. FAZ 11.2.2003.

²⁵ In Deutschland hob eine erregte Diskussion an, wie das deutsche Nein im konkreten Fall zu interpretieren wäre: Minenräumer und Patriots für Israel, Spürpanzer in Kuwait, deutsche Piloten in AWACS-Flugzeugen und Patriot-Raketen für die Türkei waren die Themen – mit der BND-Affäre als jüngerem Ausfluss. Die Kritik in den Medien und unter den Analytikern wurde immer lauter, vgl. etwa die Berichterstattung in der Financial Times Deutschland: „*Deutschland in Irak-Frage isoliert*“, FTD Aufmacher vom 2.9.2002, „*Rot-grüne Kritik an Schröders Irak-Kurs wächst*“, FTD v. 13.9.2002, S.11, „*Amoklauf eines Bundeskanzlers*“, FTD v. 11.2.2003, vgl. auch: „*Stunde der Dilettanten*“, Die ZEIT Titelzeile vom 13.2.2003.

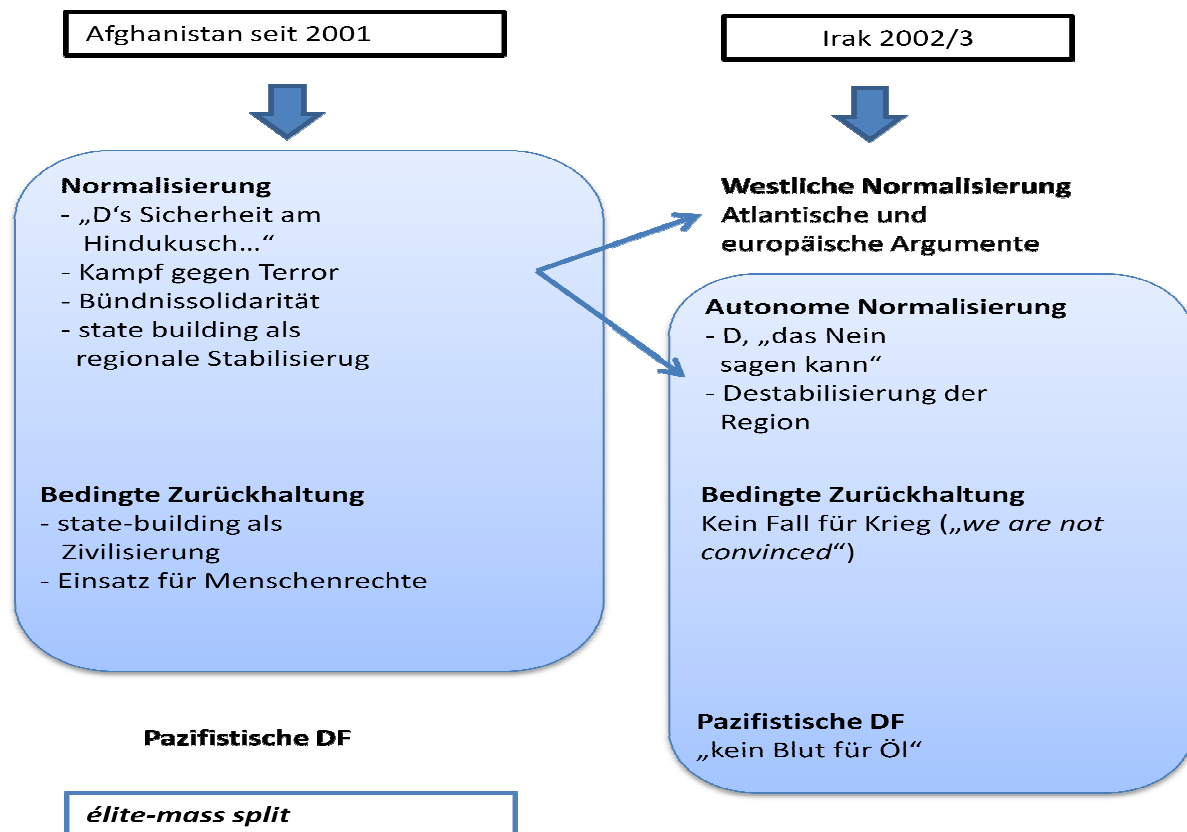


Abbildung 4 (eig. Darstellung): Die Spaltung der DF Normalisierung in der Irak-Krise (2002)

d. Weniger Kosovo - mehr Irak: Kongo, Libanon und wieder Afghanistan (2004-2010)

Die internationalen wie auch die innenpolitischen Entwicklungen haben die deutsche frühe Festlegung im Nachhinein geadelt: Die Begründungen der Bush-Administration für den Irak-Krieg stellten sich sämtlich als falsch heraus, der Irak konnte nicht nachhaltig stabilisiert und demokratisiert werden und die rot-grüne Koalition gewann die Bundestagswahl 2002 gegen die ehemals favorisierte Opposition. In der Folge blieb es dann auch beim grundsätzlichen Nein der Bundesrepublik unter Bundeskanzlerin Merkel in Bezug auf Besatzungstruppen im Irak. Obwohl Merkel in der Debatte 2002/03 eine grundsätzlich andere Position bezogen hatte, bestätigte sie als Kanzlerin diesbezüglich die Positionierung von Rot-Grün.

Der Kosovo- und Afghanistan-Konsens bröckelte in den Folgejahren immer weiter. Sehr deutlich wurde dies an der Kongo-Mission der EU sowie der Entsendung von Marine-Einheiten vor die Küste Libanons im Jahr 2006. So zeigten sich in der Kongo-Frage skeptische Stimmen in der Union, vor allem in der CSU, was insgesamt zu einer „(v)erdruckste(n) Debatte“ mit Motiven von „Rückzug und Verweigerung“ führte.²⁶

²⁶ Nikolas Busse: „EU nach Kongo? Verdruckste Debatte“, in: FAZ v. 15.3.2006.

Besonders drastisch aber fielen die Absetzbewegungen der FDP aus, als sie die Politik der Großen Koalition als „Pseudoaktivität“ und „*letztlich unkalkulierbares Abenteuer*“ brandmarkte.²⁷ Bundeswehrsoldaten würden „*unnötig Gefahren ausgesetzt*“ und „*leichtfertig*“ in einen Konflikt geschickt.²⁸ Diese Argumentationslinie deckt sich bereits weitgehend mit der in der Libyen-Krise.

In der Libanon-Debatte um die Entsendung von Marine-Einheiten im Rahmen der UNIFIL stimmte die FDP abermals mit den Linken gegen die Union, SPD und die Grünen. Hier findet sich in Westerwelles Argumentation inhaltlich bereits die „*schiefe Ebene*“ der Libyen-Debatte. So warnte er eindringlich vor der „*Gefahr (..), dass wir zu einer Kriegspartei werden*“ und mahnte, „*man stelle sich nur vor, was passierte, wenn eine deutsche Kugel – und sei es aus Versehen – einen israelischen Soldaten träfe*“.²⁹ In der mit Gewalt aufgeladenen Region Naher Osten sah er die Bundesrepublik eher in der Rolle des Aufbauhelfers und ehrlichen Maklers, nicht aber in der einer potenziellen Kriegspartei.³⁰ In den Ausführungen Birgit Homburgers klang zugleich die Müntefering'sche und Schröder'sche Argument vom „Deutschland, das Nein sagen kann“ an, wenn sie feststellte: „*Deutsche Soldaten müssen nicht unbedingt überall präsent sein*“.³¹ Die unilaterale Verweigerungsoption betonte sie darüber hinaus dadurch, dass sie die UNIFIL im Namen der FDP-Fraktion insgesamt gutgeheißen hatte und es begrüßte, wenn andere Nationen die Mission durchgeführt hätten. Diese Doppelmoral war der Ausgangspunkt für Rühes „Salami-Taktik“ nach dem Zweiten Golfkrieg gewesen, damit Deutschland zukünftig für das würde eintreten können, was es für richtig hielt. In der Libanon-Debatte ging die FDP auf die 1990er Position zurück, ohne allerdings von den übrigen Parteien hierzu gestellt zu werden. Während die FDP sich also bereits 2006 inhaltlich den Kosovokonsens verließ und die Argumentationslinien der Schröder-Fischer Regierung vom Irak weitgehend übernahm, galt dies mitnichten für die Bundeskanzlerin. In ihrer Rede zur Werbung für das UNIFIL-Mandat zog sie alle Register des Argumentationsschatzes des Kosovo-Interventionsdiskurses: Die deutsche Verantwortung sei nach dem Ende des Kalten Krieges gestiegen und die Partner vertrauten auf die deutsche Partnerschaft, Deutschland wolle eine starke EU, eine starke NATO und eine starke UNO, die Bundesrepublik stehe für eine wertgebundene Außenpolitik und müsse Deutschlands

²⁷ Brief des FDP-Präsidiums an Verteidigungsminister Jung, zit.n. Spiegel Online v. 21.3.2006.

²⁸ Interview mit dem außenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Werner Hoyer, in: Die Welt v. 31.8.2006.

²⁹ Interview mit dem Fraktionschef der FDP, Guido Westerwelle, in Die Welt v. 5.9.2006.

³⁰ Deutscher Bundestag, 50. Sitzung vom 20.9.2006, S. 4834.

³¹ Deutscher Bundestag, 49. Sitzung vom 19. September, S. 4811.

Sicherheit in Europas Nachbarschaft schützen.³² Keines dieser Argumente sollte sie in der fünf Jahre später stattfindenden Libyen-Debatte wieder verwenden.

Die neue diskursive Irak-Koalition blieb zunächst in der praktischen Politik folgenlos, denn der Kosovo-Konsens ermöglichte den Kongo- und den Libanoneinsatz. In der Großen Koalition waren überdies die Unterstützer der pazifistischen DF in einer marginalisierten Position ohne Mehrheitsrelevanz, was die Rückkehr zur diskursiven Kosovoallianz begünstigte. So führten die Folgekabinette den unter der Schröder-Regierung beschlossenen Einsatz in Afghanistan fort, lehnten aber ein weitergehendes Engagement vehement ab.³³ Dabei nahm die Ablehnung des Engagements seitens der Bevölkerung immer weiter zu und erreichte im Jahre 2011 zwischen 60-70%. Dieser *élite-mass split* wird durch ein beständiges „Ausfransen“ der Ränder der Diskursallianz komplettiert. Im normalistischen Lager wird zunehmend bezweifelt, ob der Einsatz am Hindukusch den deutschen Interessen diene. So hat Alt-Kanzler Helmut Schmidt aus realistischer Sicht die Schutzverantwortungsrhetorik des Kosovo-Konflikt als „*weder moralisch noch außenpolitisch vertretbar*“ kritisiert und deshalb für eine nur „*nominale Beteiligung*“ Deutschlands an der Afghanistan-Stabilisierung plädiert.³⁴ Kritiker mit „zurückhaltender“ Argumentation haben auf die desolaten Demokratisierungsergebnisse angesichts massiver Wahlfälschungen und unveränderter Korruption verwiesen. Innerhalb der DF der „bedingten Zurückhaltung“ sind demzufolge die Zweifel an der Exportierbarkeit von Demokratie und Menschenrechten gewachsen.³⁵ Spätestens seit dem Kundus-Zwischenfall vom September 2009 wird in allen Parteien über die Bedingungen für einen Abzug nachgedacht. Diese ausfransende Diskursallianz bildet den Hintergrund für die erneuten diskursiven Irrungen und Wirrungen im Zuge des Libyen-Konflikts.

e. Die Libyen-Debatte

Der Kontext³⁶

Am 15. Februar 2011 löst die Festnahme des Menschenrechtaktivisten Fethi Tarbel in Bengasi, Libyens zweitgrößter Stadt, heftige Proteste aus. Es kommt zu Zusammenstößen

³² Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Deutschen Bundestag, 50. Sitzung vom 20.9.2006, S. 4831-4832.

³³ So etwa die Anfrage der USA vom Frühjahr 2008 (FAZ v. 2.2.2008). Auch Unterstützungsanfragen Kanadas und der Niederlande, deren Truppen im Süden Afghanistans eingesetzt waren, blieben unbeantwortet. In der Folge zogen beide Länder ihre Truppen aus Afghanistan ab.

³⁴ Interview im Spiegel v. 29.10.2007, 44/2007, S. 34-40.

³⁵ Ein Beispiel hierfür ist die Denkschrift „*Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*“ der EKD, zit. n. FAZ v. 25.10.2007.

³⁶ Diesen Abschnitt verantwortet Vanessa Jansche, die auch die Abbildungen gestaltet hat.

zwischen Aufständischen, der Polizei und Anhängern des Machthabers Muammar al-Gaddafi. Wenige Tage später wird Bengasi zur Rebellen-Hochburg und steht faktisch nicht mehr unter der Kontrolle der Staatsführung. Die gemeinsame Erklärung der EU-Außenminister zu den Ereignissen ist zu diesem Zeitpunkt eher zurückhaltend. Vor allem Italien, Malta und Zypern fürchten Probleme mit Flüchtlingen und sind an der Stabilität des libyschen Staates interessiert. Deutschland sieht es noch anders: Staatsminister Hoyer spricht von einer „Chance für die Freiheit“ in Libyen, Außenminister Westerwelle fordert Sanktionen.³⁷ Er beauftragt den deutschen Botschafter bei den VN, Peter Wittig, die libysche Krise im Sicherheitsrat einzubringen. Während die EU beginnt, Staatsbürger der Mitgliedstaaten aus Libyen zu evakuieren, einigen sich die EU-Außenminister schließlich auf ein Waffenembargo und ein Einreiseverbot hoher libyscher Regimeanhänger.³⁸ Der Vorschlag einer Flugverbotszone steht im Raum, wobei noch offen ist, von wem sie durchgesetzt werden könnte. Die Bundesregierung setzt weiterhin auf Sanktionen, um zu verhindern, „dass frisches Geld in die Hände von Herrn Gaddafi kommt“.³⁹ Derweil erkennt Frankreich als erstes Land den nationalen Übergangsrat in Bengasi als „einzige Vertretung Libyens“ an. Zudem haben Frankreich und Großbritannien einen Resolutionsentwurf vorbereitet, der eine Flugverbotszone vorsieht. Bedingung sei neben der Zustimmung des Sicherheitsrates aber auch die der Arabischen Liga. Während die Kämpfe in Libyen zunehmen und Gaddafis Truppen auf Bengasi vorrücken, zeigen sich die USA gegenüber einer Flugverbotszone noch skeptisch. Doch kurz vor der Sitzung des Sicherheitsrates vollzieht die US-amerikanische Regierung unter dem Eindruck des von Libanon, Frankreich und Großbritannien eingebrachten Resolutionsentwurfes eine Kehrtwende und so verständigt sich der Sicherheitsrat am 17. März auf die Resolution 1973.⁴⁰ Darin autorisiert der Sicherheitsrat alle Mittel, die nötig sind, den Schutz der libyschen Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Lediglich der Einsatz von Bodentruppen auf libyschem Territorium wird ausgeschlossen. Deutschland enthält sich zusammen mit Russland, China, Brasilien und Indien. Zwei Tage darauf beginnt eine Koalition unter Führung von Frankreich, Großbritannien und den USA mit der Durchsetzung der Flugverbotszone und Luftangriffen auf die Truppen des Revolutionsführers. Die Arabische Liga begrüßt das Vorgehen, Katar sagte ebenfalls seine Unterstützung zu. Während die USA und Großbritannien das Kommando möglichst schnell an die NATO abgeben

³⁷ FAZ v. 23.02.2011.

³⁸ EU-Ratsbeschluss v. 28.02.2011; http://www.bafa.de/ausfuhrkontrolle/de/embargos/libyen/be2010_137.pdf [18.9.2011].

³⁹ FAZ v. 1.03.2011.

⁴⁰ Vgl. Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats v. 17.03.2011 (<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/-N11/268/39/PDF/N1126839.pdf?OpenElement>) [19.9.2011].

möchten, streibt sich Paris zunächst dagegen. Um französische Bedenken, die NATO könnte aufgrund ihrer schlechten Reputation bei arabischen Ländern die Intervention delegitimieren, zu entkräften, wird die Einrichtung einer Libyen-Kontaktgruppe vorgeschlagen. Ende März gründen in London 40 Länder und regionale Organisationen eine solche Kontaktgruppe, die das internationale Vorgehen im Libyen-Konflikt koordinieren soll. Die Gruppe ist sich einig, dass der Wandel in Libyen unterstützt werden muss. Auch Westerwelle fordert auf der Konferenz explizit den Rücktritt Gaddafis und macht deutlich, dass die Enthaltung Deutschlands im Sicherheitsrat nicht mit „Neutralität“ gleichzusetzen sei.⁴¹ Die Bundesrepublik werde sich an humanitärer Hilfe und am Wiederaufbau beteiligen. Am 31. März übernimmt die NATO das Kommando des Libyen-Einsatzes. Ziel der Operation „*Unified Protector*“ sei laut Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen der Schutz der libyschen Bevölkerung vor Gewalt. Währenddessen berät die EU über einen möglichen humanitären Einsatz, zu dem seitens der VN aber noch keine Anfrage an die EU herangetragen worden ist. Auf einer Sitzung der EU-Außenminister betont Westerwelle die Bereitschaft, deutsche Soldaten zur Unterstützung einer humanitären Mission zur Verfügung zu stellen.⁴² Sein französischer Amtskollege Juppé kritisiert indes die NATO und wirft dem Bündnis ein zu zögerliches Vorgehen vor. Die Luftangriffe auf Gaddafis Truppen gehen währenddessen weiter, die Mission ist von Generalsekretär Rasmussen bis Ende September verlängert worden. Bei einem Treffen der G8 in Deauville bietet der russische Präsident Medwedew an, seine Kontakte zu Libyen zu nutzen um den Machtwechsel zu erleichtern. Der diplomatische Druck auf den libyschen Oberst wächst weiter, als immer mehr Länder, darunter Großbritannien, Italien und Deutschland, den nationalen Übergangsrat in Bengasi als alleinige Vertretung des libyschen Volkes anerkennen. Hinzu kommt, dass der Internationale Strafgerichtshof am 27. Juni gegen den libyschen Führer, seinen Sohn Seif al-Islam und Geheimdienstchef Abdallah al-Senussi Haftbefehl erlässt. Ihnen werden Verbrechen gegen die Menschheit⁴³ vorgeworfen. Am 21. August schließlich rücken die Aufständischen in Tripolis ein. Außenminister Westerwelle schreibt den Erfolg teilweise der deutschen Sanktionspolitik zu: *„Jeder hat auf seine Art und Weise einen Beitrag geleistet, dass die Zeit des Regimes von Oberst Gadhafi vorbei ist. Wir Deutsche mit unseren politischen Prioritäten, mit unserer gezielten Sanktionspolitik. Das wird auch international sehr geschätzt.“*⁴⁴ Hauptantrieb sei aber der Freiheitswille des libyschen Volkes gewesen. Die über 20 000

⁴¹ Vgl. FAZ v. 30.03.2011.

⁴² Vgl. FAZ v. 13.04.2011.

⁴³ Aufgrund einer Fehlübersetzung hat sich als deutsche Übersetzung für „*crimes against humanity*“ leider der euphemistische Begriff „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ eingebürgert.

⁴⁴ Die ZEIT v. 25.08.2011.

Luftwaffeneinsätze der NATO sowie Waffen- und Beratungsleistungen Frankreichs und Großbritanniens lässt er dabei unerwähnt. Am 15. September reisen der britische Premierminister David Cameron und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy nach Tripolis. Dies ist der erste Besuch westlicher Staatsmänner, nachdem Gaddafi die Hauptstadt einen Monat zuvor in Richtung Burkina Faso verlassen hat.

Identitärer Wandel: Die „autonom-pazifistische“⁴⁵ Diskurskoalition

Bevor auf die inhaltlichen Argumente eingegangen wird, sei zunächst auf einige Merkmale des Diskursverlaufs hingewiesen. Auffällig erscheint mir zunächst, dass der Diskurs erst durch die Positionierung im Sicherheitsrat überhaupt in Gang kam. Zuvor, angesichts von andauernden Gewalttaten in Libyen seit Februar 2011 und wochenlangen Verhandlungen in der G8 und dem Sicherheitsrat – vorangetrieben durch das Vereinigte Königreich und Frankreich – tat sich nichts im deutschen Diskurs. Die deutschen Medien informierten in Berichtsform, eine „Befragung“ der deutschen Positionierung – Deutschland ist immerhin Mitglied der G8 und z.Zt. Mitglied des UN-Sicherheitsrats – fand nicht statt.⁴⁶ Erst nach der deutschen Enthaltung im Sicherheitsrat brach die Debatte los und erst dann erfolgte eine Rechtfertigung des deutschen Außenverhaltens durch den Außenminister und – sehr zögerlich – auch durch die Bundeskanzlerin.⁴⁷

Die zentrale Begründung für die deutsche Positionierung wurde durch den Außenminister mehrfach formuliert:

„Wir wollen und dürfen nicht Kriegspartei in einem Bürgerkrieg in Nordafrika werden. Wir wollen nicht auf eine schiefe Ebene geraten, an deren Ende dann deutsche Soldaten Teil eines Krieges in Libyen sind.“⁴⁸

Mit der Begriffsverwendung „Krieg“ und „deutsche Soldaten“ wird hiermit an die zentrale Handlungsempfehlung ‚nie wieder Krieg‘ der DF unbedingte Zurückhaltung angeknüpft. Der Außenminister sieht demnach die Libyen-Entscheidung als eine sehr grundsätzliche an: *„Die Frage ist, ob wir Deutschland in einen Krieg führen.“⁴⁹* Bemerkenswert ist, dass Westerwelle dabei den Begriff „Krieg“ für die Errichtung einer Flugverbotszone ohne Scheu verwendet,

⁴⁵ Heinrich August Winkler (in der Welt am Sonntag v. 12.6.2011) verwendet den Terminus „nationalpazifistisch“, was mir allerdings als analytische Kategorie zu pejorativ erschien.

⁴⁶ Dieses Urteil basiert lediglich auf meinen persönlichen Erinnerungen und hat insofern anekdotische Evidenz: Mir ist kein einziges Interview mit dem Außenminister, der Kanzlerin oder irgendeinem Partei- oder Fraktionsmitglied in den deutschen TV-Primemedien oder einen Kommentar im Vorfeld der Positionierung erinnerlich.

⁴⁷ Man mag hieran zum einen ablesen, wie wenig sich die deutsche Öffentlichkeit für Außenpolitik interessiert und zum anderen, wie sehr selbst die sogenannten „Prime-Medien“ der Agenda der Parteien folgen.

⁴⁸ Rede von Außenminister Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag, 96. Sitzung v. 16.3.2011, S.10816.

⁴⁹ Interview mit Guido Westerwelle im deutschland-radio v. 17.3.2011.

obwohl dies die verschiedenen Bundesregierungen für die Errichtung einer ebensolchen in Bosnien (1993-95), für den Afghanistaneinsatz (2001-2011) als auch für die Bombardierung Serbiens 1999 vermieden hatten.⁵⁰ Seine Argumentation wurde dementsprechend im Bundestag stets von der Fraktion der Linken am lautesten beklatscht, die sich mit dem altbekannten Schlagwort „*Kein Blut für Öl*“ anschloss.⁵¹ Weitergehende Begründungen für diese „Abwägungsentscheidung“ wurden im Diskurs nicht vorgebracht. Nur einmal erinnerte der Außenminister an „*die Erfahrungen der jüngeren Geschichte*“, ohne zu präzisieren, was er hiermit meinte. Zweifellos konnte dieses Argumentationsmuster auf eine große Resonanz in der Bevölkerung stoßen, da die deutsche Bevölkerung aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs bis heute kriegsavers eingestellt ist.

Neben dem pazifistischen Grundmuster spielt die „*schiefe Ebene*“ in obigem Zitat auf die Eskalationsgefahr des Libyen-Mandats an. Dass dieses Argument in den Vorüberlegungen der Regierung eine große Rolle gespielt hat, zeigt seine frühe Präsenz: Die Bundeskanzlerin verwendete es bereits beim Pariser G8-Gipfel Mitte Februar.⁵² Dieses Argument wurde in zwei Richtungen weiter getrieben. Zum einen wurde vorgebracht, dass eine Eskalation zwangsläufig auch zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führen würde⁵³ – gleichfalls ein gängiges pazifistisches Argument gegen Militäreinsätze. Zum anderen bildet es die Brücke zu einer defensiven realistischen Argumentation, wie sie in der normalistischen DF anzutreffen ist: Die „Klugheit“ gebiete es, sich aus abgründigen, potenziell endlosen Konflikten herauszuhalten.⁵⁴ Teil dieser Argumentationslinie bilden die Erfahrungen mit der langjährigen Besatzung in Afghanistan und Irak,⁵⁵ sowie die Sorge, dass sich ein Krieg aus der Luft als nicht effektiv erweisen und den Einsatz von Bodentruppen erzwingen könnte, um die Mission noch zu einem Erfolg führen zu können.⁵⁶ Hierauf bezieht sich zugleich die rhetorische Figur

⁵⁰ An anderer Stelle hatte Westerwelle noch mit dem Neologismus „*Militärkampfeinsatz*“ experimentiert, dies aber zugunsten des eindeutigen Begriffs „*Krieg*“ aufgegeben. Van Aken (Die Linke) sprach von einem „*Kriegseinsatz*“, van Aken, 18.3.2011, S. 11145.

⁵¹ Rede von Wolfgang Gehrcke (Die Linke) in der Bundestagsdebatte v. 16.3.2011, S. 10822.

⁵² Zit.n. Guardian v. 15.3.2011.

⁵³ Rede von Außenminister Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag, 97. Sitzung v. 18.3.2011, S.11137.

⁵⁴ So im Tenor auch einer der führenden deutschen Außenpolitikberater, der „*gute strategische Gründe für ein Nein*“ sah. Interview mit Christoph Bertram im deutschland-radio v. 22.3.2011.

⁵⁵ Interview mit Bundesaußenminister Guido Westerwelle in den Tagesthemen v. 19.3.2011; unter: <http://www.tagesschau.de/inland/reaktionenlibyen108.html> [18.9.2011].

⁵⁶ Obwohl diesem Argument die empirische Basis fehlt, wurde es im Diskurs nicht herausgefordert, was darauf schließen lässt, dass es sich guter Resonanz erfreut. Mir ist kein einziges Beispiel bekannt, dass aus einer Flugverbotszone ein Bodenkrieg mit westlichem Truppeneinsatz geworden wäre. In Bosnien und Kosovo waren die Luftschläge der NATO erfolgreich in dem Sinne, dass sie den Krieg beendeten. Für Afghanistan, Irak als auch Humanitäre Interventionen (Sierra Leone, Elfenbeinküste, Ruanda, Salomonen, Albanien) waren die Luftangriffe stets Teil des klassischen militärischen Vorgehens zur Vorbereitung einer Invasion mit Bodentruppen. Das einzige Beispiel könnte die Flugverbotszone über dem Irak 1998 sein, deren „Ineffektivität“ zu der Invasion 2003 geführt hätte. Hiermit würde Westerwelle sich allerdings die sehr umstrittene Argumentation der Bush-Administration zu eigen machen.

des „*respice finem*“ (‚bedenke das Ende!‘), das die Gegner einer deutschen Beteiligung vorbrachten.⁵⁷

In der Vergangenheit waren „Bündnissolidarität“ und „multilaterales Handeln“ elementare Bausteine für normalistische Begründungen zugunsten von Auslandsengagements gewesen – und haben auch weiterhin Geltung für den Afghanistaneinsatz. In der Irak-Krise hatte sich die normalistische DF geteilt. Welche normalistisch-autonomen Argumente wurden nun gebraucht, um ein abweichendes Verhalten zu begründen? Ein erstes Argument stellt auf das Recht Deutschlands ab, seine eigenen Entscheidungen zu treffen: Man muss „*nicht gedankenlos folgen*“⁵⁸, wenn die Partner in den Krieg ziehen. Hiermit wird an die dominierende Begründung im Irak-Konflikt – ‚ein Deutschland, das Nein sagen kann‘ angeknüpft. Zudem suchte der Außenminister die Vorwürfe einer Isolierung Deutschlands dadurch zu zerstreuen, dass er auf Polen und die Türkei verwies und argumentierte, dass sich die Mehrheit der EU-Staaten nicht am Einsatz beteiligen würde.⁵⁹ Darüber hinaus beschrieb er das deutsche Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat stets mit dem Verweis auf „*vier andere große Staaten*“, die sich zusammen mit Deutschland der Stimme enthalten hätten (Russland, China, Brasilien, Indien). Ob er damit auf die zunehmende Rolle von regionalen Hegemonialmächten (BRICS) für die Weltordnungspolitik verweisen wollte, sei dahingestellt. Flankiert wurde diese Argumentation zweitens dadurch, dass die stellenweise negativen Attribute für die Bush-Administration aus dem Irak-Diskurs nun auch auf das Vereinigte Königreich und vor allem Frankreich ausgeweitet wurden. Gerade die französischen Motive für die Militäroperation, so der ehemalige Außenminister Steinmeier, seien besonders anrüchig⁶⁰, zumal Frankreich schon in der Vergangenheit mit „unrealistischen Vorschlägen“ aufgefallen sei.⁶¹ Ehemalige Kolonialmächte, so führte der außenpolitische Experte der CDU, Philip Mißfelder, aus, hätten schlechterdings in der EU lange die gemeinsame Agenda dominiert.⁶²

⁵⁷ Guido Westerwelle: „*Bedenke das Ende!*“, in: SZ v. 24.3.2011; vgl. auch das Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen, Jürgen Trittin, im ZDF Morgenmagazin v. 21.3.2011.

⁵⁸ Frank-Walter Steinmeier, zit.n. Spiegel v. 24.3.2011; Rede von Wolfgang Götzer (CDU) im Deutschen Bundestag, 97. Sitzung v. 18.3.2011, S. 11152.

⁵⁹ Guido Westerwelle: „*Bedenke das Ende!*“, in: SZ v. 24.3.2011. Allerdings unterstützte die Türkei schließlich die NATO-Mission und die osteuropäischen Staaten signalisierten deklatorischen Beistand. Polen hat seine Abstinenz mit einem *overstretch* seiner Streitkräfte und seiner zukünftigen Rolle als EU-Ratspräsident begründet und der Operation von Beginn an humanitäre Hilfe zugesagt.

⁶⁰ Interview mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Außenminister, Frank-Walter Steinmeier, in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung v. 27.3.2011.

⁶¹ Rede von Günter Gloser (SPD) im Deutschen Bundestag, 96. Sitzung v. 16.3.2011, S.10828 und Martina Schuster (FDP) ebenda, S.10829.

⁶² Rede von Philipp Mißfelder (CDU) im Deutschen Bundestag, 96. Sitzung v. 16.3.2011, S. 10826.

Die Abwertung der Motive der Partner, ließ so das deutsche Motiv in einem besseren Licht erscheinen. Drittens reaktivierten die Gegner einer deutschen Beteiligung ein pazifistisch-zurückhaltendes Argument der Friedensbewegung: „*Wir können uns (..) nicht in Bürgerkriegen in der ganzen Welt beteiligen*“⁶³ und „*(n)icht überall, wo Unrecht geschieht eingreifen*.“⁶⁴ Diesbezüglich, so stellte der deutsche Außenminister in Abgrenzung von seinen Amtsvorgängern klar, habe er einfach eine „*andere Vorstellung von Außenpolitik*.“⁶⁵

Als trotzdem die Kritik nach der Enthaltung answoll, rekurrierten die Gegner einer Militäroperation zunehmend auf zivilisatorische und normative Argumente. Die Bundeskanzlerin beeilte sich zu erklären, dass eine Enthaltung keineswegs bedeute, dass die Regierung die Ziele der UN-Resolution 1973 nicht teile. Im Gegenteil: Dessen Ziele würden unterstützt und Deutschland stehe auf der Seite des internationalen Rechts, der westlichen Wertegemeinschaft, und setze sich vorbehaltlos für Freiheit und Demokratie ein.⁶⁶ Dabei machten die Regierungsvertreter allerdings keinerlei Gebrauch von Argumenten eines traditionellen Völkerrechtsverständnisses, das die Souveränität von Staaten betont und externe Interventionen verbietet.⁶⁷ Vielmehr teilte der Außenminister die Ansicht seiner französischen und britischen Kollegen des „*regime change*“: „Gaddafi muss gehen!“.⁶⁸ Es sei zukünftig Aufgabe des Internationalen Strafgerichtshofs, über seine Verbrechen zu urteilen.⁶⁹ Allerdings: Nicht die Verbündeten und schon gar nicht Deutschland sollten dies herbeiführen, sondern die Verantwortung hierfür läge bei der libyschen Bevölkerung und den arabischen Nachbarstaaten.⁷⁰ Die Völkergemeinschaft solle darüber hinaus mit einer konsequenten Sanktionspolitik das Ende von Gaddafis Herrschaft beschleunigen.⁷¹

⁶³ Interview mit dem Verteidigungsminister de Maizière im deutschland-radio v. 23.3.2011.

⁶⁴ Rede von Außenminister Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag, 97. Sitzung v. 18.3.2011, S.11138. Desgleichen Angela Merkel bereits auf dem Pariser Gipfel, zit. n. Guardian v. 15.3.2011.

⁶⁵ Interview mit dem Außenminister Guido Westerwelle im Morgenmagazin v. 11.3.2011.

⁶⁶ Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel im Deutschen Bundestag, 99. Sitzung v. 24.3.2011, S.11251 und Rede des Außenministers Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag, 97. Sitzung v. 18.3.2011, S. 11137.

⁶⁷ Beispielhaft hierfür die (sehr umstrittene) Argumentation des Völkerrechtlers Reinhard Merkel: „*Der illegitimate Triumph*“, in: Die ZEIT v. 8.9.2011.

⁶⁸ Rede von Außenminister Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag, 97. Sitzung v. 18.3.2011, S. 11137.

⁶⁹ Rede von Außenminister Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag, 96. Sitzung v. 16.3.2011, S.10815.

⁷⁰ Interview mit dem Außenminister Guido Westerwelle im deutschland-radio v. 12.4.2011; Rede von Außenminister Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag, 96. Sitzung v. 16.3.2011, S.10816; Rede von Rainer Stinner (FDP) im Deutschen Bundestag, 96. Sitzung v. 16.3.2011, S.10824.

⁷¹ Rede von Außenminister Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag, 97. Sitzung v. 18.3.2011, S. 11137. Dass der Außenminister den vielen misslungenen Sanktionsregimen in der Vergangenheit zum Trotz an deren Wirksamkeit glaubt, zeigt seine Reaktion auf die Einnahme von Tripolis, als er den Sturz des Revolutionsführers auf die Effektivität der deutschen Politik zurückführte, siehe das Zitat im „Kontext“ oben.

Die Diskursallianz der „humanitären Intervention des Westens“

Erst post-faktisch erfolgte ein publizistischer Aufschrei gegen die Positionierung der Bundesregierung, die sich vor allem an der Enthaltung im Sicherheitsrat entzündete. Die Titelzeilen von Zeitungskommentaren quer durch alle politische Couleure reichten von „*Ohne Außenpolitik*“⁷² und „*Konsequent in die Isolation*“⁷³ über „*Ab in die Ecke*“⁷⁴ bis hin zur „*Riesenblamage für unser Land*“⁷⁵. Außenpolitikexperten diagnostizierten eine „*zeitlupenhafte Implosion der deutschen Außenpolitik*“, sahen die Entscheidung von der Sehnsucht nach einem „*Zeitaus*“ von der Weltpolitik getrieben⁷⁶ und konstatierten ein „*moralisches wie diplomatisches Desaster*“.⁷⁷ Ein namhafter Historiker konstatierte die „*Selbstmarginalisierung der Bundesrepublik*“ und fragte besorgt: „*Gehören wir noch zum Westen?*“⁷⁸ Ähnlich alarmierend waren die Reaktionen im Ausland. Le Monde sprach von „*mangelnde(r) Solidarität oder gar Reife*“⁷⁹, Timothy Garton Ash sah einen „*Dolchstoß*“ am Werke⁸⁰ und der französische Außenminister wurde mit den Worten zitiert, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei nunmehr tot⁸¹.

Die „*Empörte(n) Chöre*“ entstammten indes nicht der breiten Bevölkerung, sondern der politischen und gesellschaftlichen Elite (Hellmann 2011: 19).⁸² Die Kritik gegen die Entscheidung der Bundesregierung speist sich im Prinzip aus zwei zentralen Argumentationsmustern und ist insofern nicht besonders nuanciert. Eine erste Argumentationslinie entstammt der DF „bedingte Zurückhaltung“, die im Zuge des Out-of-area Diskurses entstanden war. Kernelement dieser DF ist das Vorliegen schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte, wie sie sich als Straftatbestände des Internationalen Strafgerichtshofs und den Sondertribunalen etabliert haben: Genozid, Verbrechen gegen die Menschheit und schwere Kriegsverbrechen. Verstärkt wird dieses Argumentationsmuster durch den Verweis auf internationale Legalität und Legitimität. Rufen die Vereinten Nationen die Völker auf, zugunsten der Menschenrechte zu intervenieren, sollte sich Deutschland dem nicht verweigern. Es war Joschka Fischer

⁷² Günther Nonnenmacher in der FAZ, Leitartikel v. 28.5.2011.

⁷³ Frankfurter Rundschau v. 23.3.2011.

⁷⁴ Die ZEIT v. 26.5.2011.

⁷⁵ Richard Herzinger, Leitartikel in Die Welt am Sonntag v. 20.3.2011.

⁷⁶ Klaus-Dieter Frankenberger/Hanns W. Maull: „*Gimme a break*“: In *Foreign policy, Germany takes time out from a complex world* deutsche-aussenpolitik.de, newsletter no. 494, March 2011; opinion editorial. Maull (2011: 114) kommt in einer aktuellen Analyse der „Zivilmacht Deutschland“ zu dem Schluss, dass „*Berlin mit dieser Entscheidung dem außenpolitischen Gemeinwohl Deutschlands und der Zukunft Europas in der Weltpolitik erheblichen Schaden zugefügt hat.*“

⁷⁷ Harald Müller: „*Ein Desaster. Deutschland und der Fall Libyen*“. HSFK Standpunkte 2/2011.

⁷⁸ Heinrich August Winkler: „*Gehören wir noch zum Westen?*“, in: Welt am Sonntag v. 12.6.2011.

⁷⁹ Zit.n. Spiegel v. 23.3.2011.

⁸⁰ Timothy Garton Ash im Guardian v. 24.3.2011.

⁸¹ Zit.n. Guardian 24.3.2011.

⁸² Hellmann (2011: 19) sieht die deutsche „*Große Politik*“ positiv: „*Isolierungsängste belasten nur kleine Staaten. Die Zeiten kleiner Politik sind allerdings vorbei.*“

gewesen, der die Mehrheit der Grünen angesichts der Massaker der Bosnienkriege auf diese neue politische Linie eingeschworen und dann als Außenminister den ersten aktiven Militäreinsatz Deutschlands im Kosovo-Krieg verantwortet hatte. Deswegen nimmt es nicht wunder, dass er die Entscheidung der Bundesregierung scharf angriff.⁸³ Ein Risiko für die eigenen Soldaten dürfe nie ein Grund sein, von massiven Menschheitsverbrechen Bedrohten nicht zu helfen. „*Wir dürfen die Bewegungen [im Osten Libyens; Anm. d. Verf.] nicht im Stich lassen*“ sekundierte die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann.⁸⁴ Schließlich ginge es auch um die Konsistenz ethischen Handelns. Deutschland könne nicht einerseits die neue Völkerrechtsnorm der Schutzverantwortung („*responsibility to protect*“; R2P) rhetorisch hochhalten und deklatorisch in der UN-Generalversammlung unterstützen, ihr aber faktisch nicht folgen.⁸⁵ Der sicherheitspolitische Experte der SPD, Mützenich, kritisierte die Überdogmatisierung der Merkel'schen Position des Nicht-überall-eingreifen-könnens mit dem Hinweis, man müsse dort eingreifen, wo wir könnten.⁸⁶ Der ehemalige Außenminister Fischer zürnte:

(..) was sollen all die schönen Reden über das Völkerrecht, das vom Sicherheitsrat ausgeübt wird, wenn Deutschland einer Resolution zum Schutz der libyschen Bürger vor einem brutalen Regime, das mit allen Mitteln um sein Überleben kämpft, seine Zustimmung verweigert? Nichts. Leere Worte. (..) Mir bleibt das nur die Scham für das Versagen unserer Regierung (..).“⁸⁷

Unterstützung erfuhr diese Argumentation durch Interventionen französischer *nouveaux philosophes*, die bereits für die Sarkozy'sche Wende in der französischen Nordafrika-Politik verantwortlich gezeichnet hatten.⁸⁸ Dass diese Argumentation nicht nur im linken Parteienlager beheimatet ist, zeigte die Reaktion des ehemaligen Hohen Repräsentanten für Bosnien Herzegovina, Christian Schwarz-Schilling (CDU). Als Postminister im Kabinett von Helmut Kohl war er zurückgetreten, weil Deutschland sich Anfang der 1990er Jahre außerstande gesehen hatte, den bedrohten Bosniaken zu helfen. Nun warf er der schwarz-gelben Bundesregierung „*historischen Zynismus*“ vor.⁸⁹ Die Bundesregierung suchte die heftigen Angriffe dadurch zu entkräften, dass sie Anfang April eine Unterstützung etwaiger humanitärer Hilfstransporte in Aussicht stellte. In Aufweichung seiner vormaligen pazifistischen

⁸³ Joschka Fischer: „*Deutsche Außenpolitik – eine Farce*“, in: SZ v. 22.3.2011.

⁸⁴ Interview mit Margot Käßmann in ZEITonline v. 20.3.2011. Ähnlich: Interview mit dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, in FAZ.NET v. 26.3.2011.

⁸⁵ Kurzintervention von Heidi Wiecek-Zeul (SPD) in der Bundestagsdebatte 97. Sitzung v. 19.3.2011, S. 11145 und die Rede der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen, Renate Künast, im Bundestag v. 18.3.2011, S. 11149.

⁸⁶ Rede von Rolf Mützenich (SPD) im Deutschen Bundestag, 97. Sitzung v. 18.3.2011, S.11140.

⁸⁷ Joschka Fischer: „*Deutsche Außenpolitik – eine Farce*“, in: SZ v. 22.3.2011.

⁸⁸ Interview mit Bernard-Henri Lévy in Die ZEIT v. 31.3.2011 und mit André Glucksmann in Die Welt v. 29.3.2011.

⁸⁹ Christian Schwarz-Schilling in FAZ.NET v. 26.3.2011.

Argumentation wollte er nunmehr solche Transporte auch militärisch begleiten lassen und brachte dazu gar eine EU-Battlegroup ins Spiel.⁹⁰ Allerdings stellte sich bald heraus, dass eine Anfrage für eine derartige Mission weder von UN-, noch von EU-Seite je erfolgt war.

Das plötzliche Auftauchen einer EU-Battlegroup in der Regierungsargumentation hing auch mit der sehr scharfen Kritik aus dem ‚normalistischen Lager‘ zusammen. Diese äußerte sich zum einen in einer eher taktischen Kritik⁹¹, die zwar inhaltlich die Zweifel an der Mission teilte, aber argumentierte, man hätte im Sicherheitsrat zustimmen können ohne faktisch militärisch teilnehmen zu müssen. Demhingegen wandten fundamentale Kritiker ein, eine aktive Beteiligung Deutschlands an den Bombenangriffen sei geboten gewesen. Die Hauptkritik richtete sich gegen das Aufgeben des Multilateralismus, das aus Sicht der Opponenten die Libyen-Politik der Regierung charakterisierte.⁹² Dies betraf einerseits die USA. Wie konnte man, so die transatlantisch ausgerichtete Argumentation, den Präsidenten Obama in einer so wichtigen Frage und angesichts der prekären innenpolitischen Situation in den USA, so enttäuschen?⁹³ Und wieso ließ man zugleich den wichtigsten europäischen Partner, Frankreich, gerade dann im Regen stehen, als die Europäer von den USA die Führung einer Militäroperation anvertraut bekommen.⁹⁴ Die Positionierung der Regierung ignorierte auf diese Weise die Erwartungen, die an deutsche Außenpolitik in der Welt gerichtet würden.⁹⁵ Die Entscheidungsträger suchten die normalistische Kritik zu besänftigen, indem sie den Partnern AWACS-Entlastungsflüge in Afghanistan anboten.

⁹⁰ Interview mit dem Außenminister Guido Westerwelle im deutschland-radio v. 12.4.2011.

⁹¹ Hierzu würde ich Jürgen Trittin (Grüne), Ruprecht Polenz (CDU) und H.U. Klose (SPD) zählen.

⁹² Volker Rühle: „*Deutschland im Abseits*“, in: FAZ v. 16.5.2011; Günter Pleuger (ehemaliger dt. Botschafter bei der UNO), zit.n. FAZ.NET v. 26.3.2011; Joschka Fischer: „*Deutsche Außenpolitik – eine Farce*“, in: SZ v. 22.3.2011.

⁹³ Interview mit Constanze Stelzenmüller (Transatlantic Fellow German Marshall Fund) in der FR v. 22.5.2011.

⁹⁴ Wolfgang Bosbach, zit. n. FAZ.NET v. 26.3.2011; Ruprecht Polenz, Interview in der ZEIT v. 31.3.2011; Rede von Rolf Mützenich (SPD) im Deutschen Bundestag, 97. Sitzung v. 18.3.2011, S.11140; Christian Wulff, Interview in der ZEIT v. 30.6.2011.

⁹⁵ Rede von Rolf Mützenich (SPD) im Deutschen Bundestag, 97. Sitzung v. 18.3.2011, S.11140.

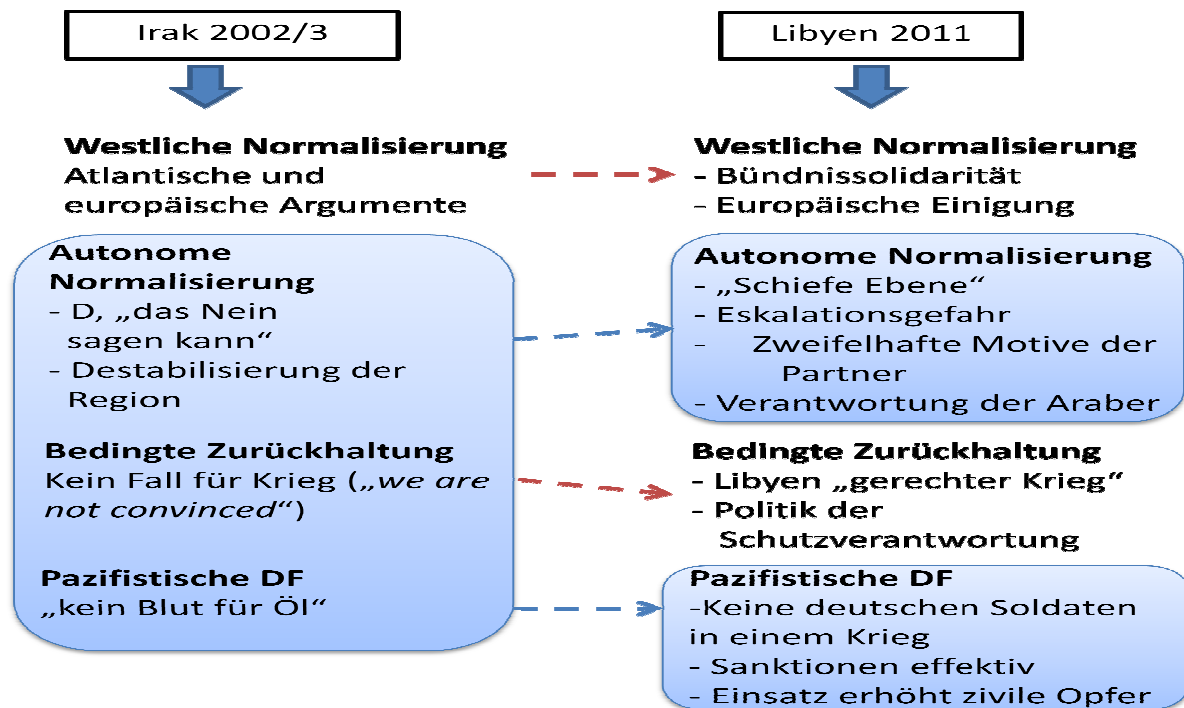


Abbildung 5 (eig. Darstellung): Die neuen Diskursallianzen in der Libyen-Krise (2011)

4. Fazit

Beginnen wir mit der Interpretation der empirischen Erträge, bevor die Frage nach der Erklärungskraft von „Narrationen“ abschließend in den Blick genommen wird. Die Rekonstruktion der Out-of-area Debatten der letzten zwei Jahrzehnte hat gezeigt, dass sich die Legitimationen im Zeitablauf verändert haben. Im Ergebnis hat sich der Möglicheiteraum der deutschen Außenpolitik zweimal gewandelt: Erstens hat sich in der Folge der Jugoslawienkriege ein „Kosovo-Interventionskonsens“ gebildet, der das militärische Eingreifen Deutschlands bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Verein mit den Verbündeten erlaubt, selbst wenn ein UN-Mandat nicht vorliegt. Dieser Konsens, noch heute politikwirksam für den Afghanistan-Einsatz, wird sowohl von der Normalisierungsformation (Hauptargument: Bündnissolidarität) als auch von der bedingten Zurückhaltungsformation (Hauptargument: Verhütung von Verbrechen gegen die Menschheit) getragen. In der Libyen-Debatte ist jedoch eine andere Diskursallianz wirkungsmächtig geworden, die auf der des Irak-Konflikts aufbaut (die ‚autonome DF‘ als Abspaltung von der Normalisierung im Verein mit der ‚pazifistischen DF‘). Diese Diskurskoalition ermöglicht die unilaterale Verweigerung

von militärischen Interventionen selbst bei Vorliegen eines UN-Mandats.⁹⁶ Die deutsche Verweigerung im Libyen-Fall erzielte in der Bevölkerung eine große Resonanz und auch die Kosovo-Intervention erfreute sich breiter Unterstützung. Aus diesem Grund ist der Wandel der deutschen Außenpolitik als nachhaltig einzustufen.

Inhaltlich ist Deutschland also nunmehr legitimatorisch in der Lage, sehr verschiedene oder gar gegensätzliche Politik zu verantworten. Der Eindruck einer gewissen inhaltlichen Beliebigkeit wird durch vier analytische Beobachtungen gestützt. Erstens werden immer wieder ähnliche Argumente vorgebracht. So standen sich die Argumente „Bündnissolidarität“ und „keine deutschen Soldaten in einen Krieg“ aus der Libyen-Debatte bereits zwanzig Jahre zuvor in der Debatte nach dem Zweiten Golfkrieg 1990/91 gegenüber. Dass beide Argumente nicht wesentlich nuanciert und vertieft worden sind, spricht nicht für ausgeprägte Lerneffekte im Diskurs. Zweitens ist zu beobachten, dass zwar in den Diskursen ähnliche Argumente ausgetauscht, diese Argumente aber von wechselnden Diskursträgern vorgebracht wurden. Angela Merkel etwa griff in der Diskussion um die Libanon-Einsatz zu völlig anderen Argumenten als in der Libyen-Krise (Ähnliches ließe sich auch für Fischer, Schröder oder Westerwelle sagen). Warum dies so ist, bleibt ein interessantes Forschungsdesiderat.⁹⁷ Drittens haben vier von fünf großen Parteien keine klar umrissene Position zu Auslandseinsätzen und sind diesbezüglich inhaltlich zerstritten. Deshalb geraten solche grundsätzlichen Entscheidungen bisweilen in die Mühlen der Koalitionsarithmetik – die Vertrauensfrage von Kanzler Schröder zum Afghanistan-Engagement mag hier als Beispiel genügen. In diesem Befund mag eine Ressource zur Erklärung des „*domestic turns*“ der deutschen Außenpolitik liegen, denn außenpolitische Themen haben deshalb für die etablierten Parteien immer potenziell zentrifugale Wirkung. Viertens haben sich die diskursiven Koalitionen seit dem Zweiten Golfkrieg (1990/91) sämtlich als sehr brüchig erwiesen: Praktisch alle Diskursformationen haben mit allen schon einmal in Bezug auf eine gemeinsame Handlungsempfehlung und –begründung koalitiert. Die Diskursformationen also sind instabil, sie teilen sich und bilden neue diskursive Allianzen. Konstatiert man, dass es keine Anzeichen dafür gibt, dass diese vier Beobachtungen auch für andere europäische Gesellschaften Geltung beanspruchen können, gewinnt der Befund noch an Brisanz.⁹⁸ Diese vier analytischen

⁹⁶ Ein wichtiger Diskursträger dieser Diskursallianz im Libyen-Diskurs hat diese Haltung früher wohlmeinend mit „selbstbewusste Bescheidenheit“ umschrieben. Interview mit dem Außenminister Frank-Walter Steinmeier in der FAZ v. 6.3.2006.

⁹⁷ Eine intuitive, rationalistische Erklärung würde auf den instrumentellen Gebrauch von Sprache verweisen. Indes, dies erklärt zum einen nicht, warum dies in Deutschland ankommt und zum anderen nicht, warum dies in anderen Ländern nicht so ist.

⁹⁸ Zumindest für Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Griechenland, Dänemark und Italien lassen unsere Forschungen diese Aussage zu. Vgl. Joerissen/Stahl 2003 und Stahl/Harnisch 2009b.

Beobachtungen bringen mich zu der These, dass die deutsche Libyen-Politik Ausdruck einer anhaltenden außenpolitischen Identitätskrise ist: Wechselnde Begründungen und instabile Diskurskoalitionen ermöglichen eine erratische deutsche Außenpolitik. Die ausländischen Sorgen um eine erneute „*incertitude allemande*“ erscheinen insofern berechtigt. Machte ich mir an dieser Stelle die Dialektik des deutschen Außenministers zu eigen, würde ich dies inhaltlichen Schlussfolgerungen mit den Worten abschließen: „*Ich wünsche mir sehr, dass sich unsere Sorgen als unbegründet erweisen.*“⁹⁹

Die inhaltlichen Ausführungen haben nun bereits die epistemologischen Schlussfolgerungen abgesteckt. Was konnte der hier gewählte Ansatz und was konnte er nicht? Keine Antwort kann die vorgestellte Studie auf die Frage nach dem ‚warum?‘ geben. Aufgrund des Verzichts auf einen kausalanalytischen Anspruch ist der Ansatz mitnichten in der Lage, das deutsche Außenverhalten in der nächsten Krise – etwa eine mögliche Intervention in Syrien – vorherzusagen. Den Möglichkeitsraum für eine Entscheidung und die wahrscheinlichen Konfliktlinien könnte die diskursgebundene Identitätstheorie allerdings sehr wohl skizzieren. Doch sicherlich beschränken sich die Tugenden eines narrativen Ansatzes nicht auf eine begrenzte Prognose. Stattdessen liegt der Fokus im Nachvollziehen des ‚wie konnte es dazu kommen?‘ Die analytisch informierte Nacherzählung bietet eine Neu-Erzählung von Ereignissen, die vormals getrennte Ereignisse in einen interpretativen Zusammenhang stellt und insoweit eine neues Deutungsangebot macht. Damit komplementiert der Ansatz zugleich statische, unhistorische Erklärungen für Außenpolitik (wie Neorealismus, kommerzieller oder republikanischer Liberalismus). Methodisch gesprochen, wird der angängigen fallstudien-spezifischen Mikrostudie eine historisch motivierte Erzählung *à la longue* entgegengesetzt. Als solche präsentiert sie sich interdisziplinär anschlussfähig, können doch medien- und kulturwissenschaftliche, soziologische oder zeithistorische Studien leicht „angedockt“ werden. Die Ironie dieses Beitrags aber ist es zugegebenermaßen, dass eine post-moderne Studie ein „beliebiges“ Ergebnis in Bezug auf die Zukunft der deutschen Außenpolitik prognostiziert: „Anything goes“ in der deutschen Außenpolitik.

⁹⁹ Guido Westerwelle: „*Bedenke das Ende!*“, in: SZ v. 24.3.2011.

Bibliographie

- Bach, Jonathan P.G. (1999). *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*. New York: St. Martin's Press.
- Cedermann, Lars-Erik/Daase, Christopher (2003): *Endogenizing Corporate Identities: The Next Step* in Constructivist IR Theory, in: *European Journal of International Relations* 9:1, S. 5-36.
- Cruz, Consuelo (2000): *Identity and Persuasion. How Nations Remember Their Pasts and Make Their Futures*, in: *World Politics* 52:2, S. 275-312.
- Collmer, Sabine (2004): *"All politics is local": Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung*, in: Harnisch, S./Katsioulis, C./Overhaus, M. (Hg.): *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*. Baden-Baden: Nomos, S. 201-226.
- Dalgaard-Nielsen, Anja (2003): *Gulf War: The German Resistance*, in: *Survival*, Volume 45, Number 1 / March 2003, pp. 99-116.
- Diez, Thomas (1999): *Speaking 'Europe': the politics of integration discourse*, In: *JoEPP*, 6:4 (Special issue), S. 598-613.
- Foucault, Michel (1989): *The Archaeology of Knowledge*, London: Routledge.
- Harnisch, Sebastian (2004): *Deutsche Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand: Die Nonproliferationspolitik gegenüber dem Irak*, in: Harnisch, S./Katsioulis, C./Overhaus, M. (Hg.): *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*. Baden-Baden: Nomos, S. 173-200.
- Gabel, Matthew/Scheve, Kenneth (2007): *Mixed Messages. Party Dissent and Mass Opinion on European Integration*, in: *European Union Politics* 8:1, S. 37-59.
- Hansen, Lene (2002): *Introduction*, in: Hansen, Lene/Wæver, Ole (Hg.): *European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States*, London/New York: Routledge, S. 1-19.
- Hansen, Lene (2006): *Security as Practice. Discourse Analysis and the Bosnian War*, London/New York: Routledge.
- Hellmann, Gunther (2004): *Von Gipfelstürmern und Gratwanderern. "'Deutsche Wege' in der Außenpolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B (8.3.2004), S. 32-39.
- Hellmann, Gunther (1997): *Jenseits von "Normalisierung" und "Militarisierung": Zur Standortdebatte über die neue deutsche Außenpolitik*. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47, Nr. B 1-2, S. 24-33.
- Hellmann, Gunther (2011): *"Berlins Große Politik im Fall Libyen"*, in: *WeltTrends*, Nr. 80 (Sept./Okt.), 19. Jg., S. 19-22.
- Holm, Ulla (1997): *The French Garden is no Longer What it Used to be*, in: Jørgensen, Knud (Hg.): *Reflective Approaches to European Governance*, Basingstoke/London: MacMillan, S. 128-145.
- Jackson, Robert und Georg Soerensen (2010): *Introduction to International Relations*, 4th ed., OUP.
- Joerißen, Britta und Bernhard Stahl (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität – Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*. Münster: LIT
- Johnston, Alistair (1995): *Thinking about Strategic Culture*, in: *International Security* 19:4, S. 32-64.
- Katsioulis, Christos und Jörg Nadoll (2003): *Der deutsche Diskurs zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr (1990-1994)*, in: Joerißen, B./Stahl, B. (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*. Münster: LIT, S. 353-367.

- Katzenstein, Peter (Hg.) (1996): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press.
- Kendall, Gavin/Wickham, Gary (1999): *Using Foucault's Methods*, London: Sage Publications.
- Laclau, E. und C. Mouffe (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London: Verso.
- Larsen, Henrik (1997): *Foreign Policy and Discourse Analysis: France, Britain and Europe*. London: Routledge.
- Levy, Jack S. (2005): *Qualitative Methods of International Relations*; in: Harvey, F.P./Brecher, M. (Hg.): *Evaluating Methodology in International Studies*, Ann Arbor: University of Michigan Press, S. 131-160.
- Longhurst, Kerry (2004): *Germany and the Use of Force: The Evolution of German Security Policy 1990-2003*, Manchester: Manchester University Press.
- March, J. G. und J. P. Olsen (1995): *Democratic Governance*. New York: Free Press.
- Marcussen, Martin et al. (1999): *Constructing Europe. The Evolution of French, British and German Nation-State Identities*, in: *European Journal of Public Policy* 6 (4), S. 614-633.
- Maull, Hanns W. (1995/96): *Germany in the Yugoslav Crisis*; in: *Survival*, 37/4, S. 99-130.
- Maull, Hanns W. (2011): *Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos*, in: *ZPol*, 1 (2011), S. 93-117.
- Mead, G. (1973): *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Milliken, Jennifer (1999): *The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods*, in: *European Journal of International Relations* 5, Nr. 2, S. 225-54.
- Müller, Harald (1994): *Military Intervention for European Security: The German Debate*. In: Lawrence Freedman (Hrsg.), *Military Intervention in European Conflicts*, Oxford: Blackwell Publishers, S. 125-42.
- Nadoll, Jörg (2003a): *Forschungsdesign – Nationale Identität und Diskursanalyse*, in: Joerißen, B./Stahl, B. (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*. Münster: LIT, S. 167-189.
- Nadoll, Jörg (2003b): *Der westdeutsche Diskurs zur Wiederbewaffnung (1950-1955)*, in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.) (2003): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT-Verlag, S. 340-352.
- Philippi, Nina (1997): *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschlands*. Frankfurt am Main.
- Ramet, Sabrina und Phil Lyon (2001): *Germany: The Federal Republic, Loyal to NATO*, in: Weymouth, Anthony und Stanley Henig (Hrsg.): *The Kosovo Crisis – The last American war in Europe?*, London et. Al: Pearson Education, S. 83-105.
- Risse, Thomas (2003): *Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde*, in: G. Hellmann, K. D. Wolf und M. Zürn (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, S.99-132.
- Schmidt, V. A. und C. M. Radaelli (2004): *Policy change and discourse in Europe: Conceptual and methodological issues*, in: *West European Politics*, Vol.27, No.2 (March), S. 183-210.

- Schwab-Trapp, Michael (2002): *Kriegsdiskurse – Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999*, Opladen: Leske und Budrich.
- Schwelling, Birgit (2007): Die Außenpolitik der Bundesrepublik und die deutsche Vergangenheit, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Raimund (Hrsg.): *Handbuch zur Deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: Verlag f. Sozialwissenschaften, S. 101-111.
- Stahl, Bernhard (2006): *Vergleichende Außenpolitikanalyse – die Außenpolitik ausgewählter EU-Staaten in der Irak-Krise*, in: Siedschlag, A. (Hg.): *Methoden sicherheitspolitischer Analyse. Eine Einführung*, Verlag f. Sozialwissenschaften, S. 135-168.
- Stahl, Bernhard (2008): *Nationale Geschichte(n) für den Krieg – der deutsche und französische Diskurs im Kosovo-Krieg und in der Irak-Krise*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 2/2008, S. 257-286.
- Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009a): *Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung*, in: Dies. (Hg.): *Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt (1996-2008)*, Reihe „Außenpolitik und Internationale Ordnung“, Nomos-Verlag, S. 31-58.
- Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.) (2009b): *Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt (1996-2008)*, Reihe „Außenpolitik und Internationale Ordnung“, Nomos-Verlag.
- Swoboda, Veit (2009): Deutschland: Die Neudeutung der Vergangenheit; in: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.) (2009): *Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt (1996-2008)*, Reihe „Außenpolitik und Internationale Ordnung“, Nomos-Verlag, S. 137-166.
- Torring, Jacob (2005): *Discourse Theory: Achievements, Arguments, and Challenges*, in: Howarth, D./Torring, J. (Hg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Government*, Houndmills: Palgrave Macmillan, S.1-32.
- Townson, M. (1992): *Mother-tongue and fatherland: language and politics in Germany*. Manchester – New York.
- Wagner, Wolfgang, R. Baumann, M. Bösch und G. Hellmann (2007): *German Foreign Policy in Europe: An interactionist Framework for Analysis*, in: Hellmann, G. (Hg.): *Germany's EU Policy on Asylum And Defence. De-Europeanization by Default?* Palgrave Macmillan, S. 1ff.
- Wæver, Ole (2002): Identity, Communities and Foreign Policy. Discourse Analysis as Foreign Policy Theory, in: Hansen, Lene/Wæver, Ole (Hg.): *European Integration and National Identities. The Challenge of the Nordic States*, London/New York: Routledge, S. 20-49.
- Wæver, Ole (2005): *European Integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation, and Europe*, in: Howarth, David/Torring, Jacob (Hg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Government*, Houndmills: Palgrave/MacMillan, S. 33-67.
- Wendt, Alexander (1987): *The agent-structure problem in international relations theory*, in: *International Organization* 41, S.335-370.
- Westlund, Dennis (1996): *The Politics of Popular Identity*, Lund: Lund University Press.